

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

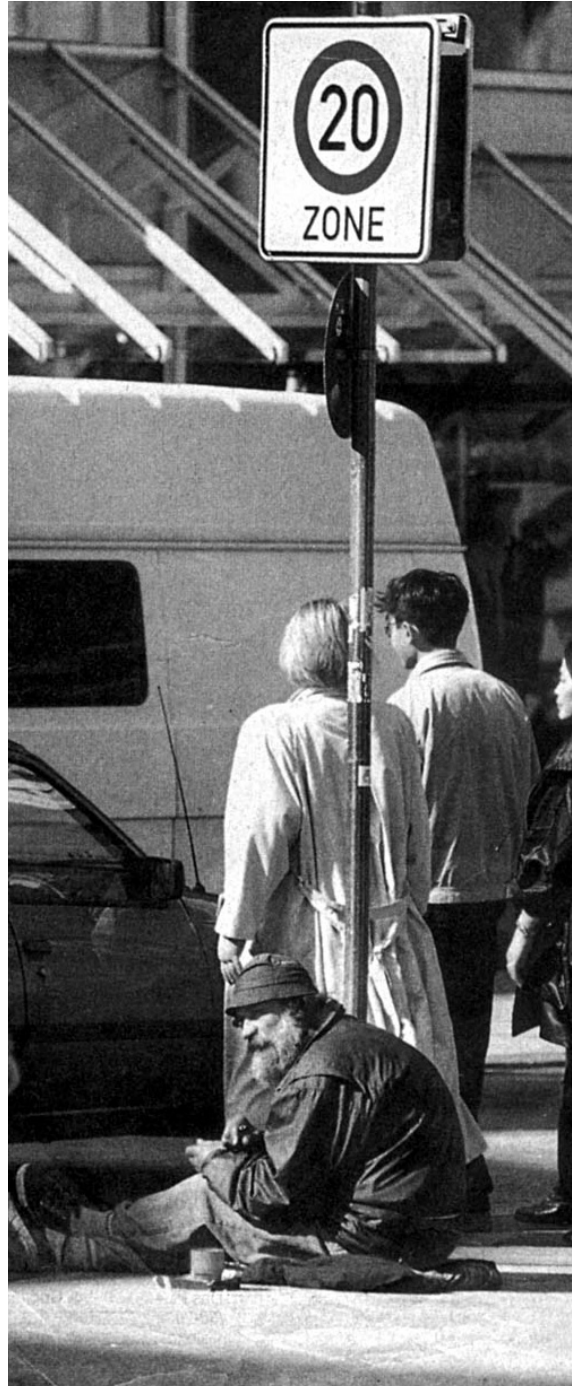
**CDU-„Leitlinien zur inneren Sicherheit“:
Überwachen und Strafen** Seite 3

Autoland Tschechien Seite 7

**Burschenschaften:
Brutstätte einer rechten Elite** Seite 12

**Metalltarif Fort- und Weiterbildung:
Kein tiefer Einschnitt** Seite 15

Beitrag zur PDS-Programmdiskussion: Eine zielgerichtete und offene Debatte für eine zukunftsfähige Linke Seite 18



„... Keimzellen für Kriminalität“



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/2400 94 68, Fax: 030/2400 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

Der Bundestag war noch einmal fleißig, bevor er bis Mitte September in den Urlaub verschwindet. Es wurden zahlreiche Gesetze endgültig verabschiedet, daraus eine Auswahl:

1. BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZ. SPD, Grüne und PDS stimmten mit Ja, CDU/CSU und FDP mit Nein. Die Wirtschaft mault, Kanzler Schröder bucht das aber ab als Aufwendungen für den Wahlkampf nächstes Jahr, Befriedung der Gewerkschaften. Wir hatten berichtet, was das Gesetz bringt: es wird in den Großbetrieben mehr und mehr freigestellte Betriebsräte geben; das Wahlverfahren für kleinere Betriebe ist etwas vereinfacht. Ob das neue Gesetz in der Praxis – wie von den Gewerkschaften erhofft – mehr Betriebsräte in den kleineren Betrieben bringen wird, darf aber bezweifelt werden; die Gründe für „betriebsratsfreie“ Zonen sind vielfältig und repressive Unternehmerticks sind mit der Reform nicht ausgeschlossen.

2. POSTGESETZ. Ebenfalls mit den Stimmen der Regierungskoalition und der PDS gegen CDU/CSU und FDP hat der Bundestag einer Verlängerung des Postmonopols beim Briefverkehr bis zum Jahr 2007 zugestimmt. Auch dies ein „Geschenk“ an die Gewerkschaften. Wobei das Motiv der Regierung keineswegs ist, ein Wahlgeschenk zu machen. Die Verlängerung des Briefmonopols bedeutet keine Absicherung von Beschäftigung bei der Post AG, denn in die konkrete Unternehmenspolitik mischt sich die Regierung nicht ein. Als Mehrheitsaktionär bei der Post hat sie sich eine satte Einnahmequelle für die Zukunft geschaffen. Bereits jetzt finanziert die Post AG mit überhöhten Preisen im geschützten Briefbereich eine Expansion im internationalen Frachtgeschäft. Verschiedene Logistikfirmen im Ausland wurden von der Post aufgekauft. Der Konzern wird – wie es im Fachjargon heißt – international aufgestellt. Profitieren wird der Mehrheitsaktionär Bund davon, wenn er seine Anteile, wie geplant, in den nächsten Jahren an der Börse verkauft.

3. WOHNUNGSBAURECHT. Hier hat sich die PDS enthalten, Union und FDP stimmten dagegen. Es geht hier vor allem um Anspruchsberechtigung für Sozialwohnungen und Geldmittel des Bundes zur Förderung. Neu aufgenommen wurde auch die Förderung von bestehendem Wohnraum zur Sanierung, aber die Geldmittel werden knapp gehalten: Christine Ostrowski, MdB PDS, fasste so zusammen: „Was nützen die vielen tollen Maßnahmen, die unbestritten in dem Gesetzentwurf enthalten sind, wenn sie am Ende nicht realisiert werden können, weil das Geld fehlt? Natürlich sehe ich den Widerspruch zwischen den mindestens 15 Millionen Haushalten, die – gemessen an ihrem Einkommen – berechtigt wären,

in eine Sozialwohnung zu ziehen, plus weiterer, die aus anderen Gründen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, und dem vorhandenen Bestand an Sozialwohnungen, der bekanntermaßen rasant abnimmt. In Zukunft stellen Sie dann nur noch 450 Millionen DM zur Verfügung. Dazu ein Rechenbeispiel: Die Durchschnittsgröße einer Wohnung liegt bei 70 Quadratmetern. Wenn wir einen Preis von 1000 DM pro Quadratmeter zugrunde legen, reichen die 450 Millionen DM, die Sie pro Jahr zur Verfügung stellen, Herr Wilhelm, für rund 6500 modernisierte oder rund 3000 neu gebaute Wohnungen jährlich.“

GLEICHSTELLUNG. Die oben beschriebenen Gesetze waren dann alles, was es an Gewerkschaftsfreundlichem von der Regierung gab. Auf Einspruch des Kanzlers, so war zu hören, ist die Ausarbeitung eines Gleichstellungsgesetzes durch die Ministerin Bergmann einkassiert worden. Rechtsverbindliche Vorschriften für die Unternehmen über Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (z.B. bei Teilzeitarbeit) oder Ausbildungsverpflichtungen usw. wird es nicht geben. In dem bekannten Schröderschen Verfahren der Ausschaltung des Parlaments wurde zwischen den Arbeitgeberverbänden und der Regierung eine Vereinbarung unterzeichnet, wonach es bei einer „Selbstverpflichtung“ der Wirtschaft bleiben wird.

RASSISMUS GERÜGT. Zur Kritik der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz an rassistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen, Belästigungen, Gewaltakten, Diskriminierungen in Deutschland erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Ulla Jelpke: „Nicht eines der fremdenfeindlichen Gesetze, die im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der Diskussion über Ursachen rechter Gewalt kritisiert worden waren, ist bis heute korrigiert oder gar aufgehoben. Abschiebehaft, Asylbewerberleistungsgesetz, Arbeitsverbot für Flüchtlinge, Flughafenverfahren – alles ist weiter in Kraft. Berechtigt ist auch die Forderung des Europarats, Gesetze gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu erlassen. Die PDS hat wiederholt ein Antidiskriminierungsgesetz beantragt. Bisher ist das stets von den anderen Parteien abgelehnt worden. Der Gesetzentwurf der PDS-Fraktion, Nazi-Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ unter Strafe zu stellen, liegt jetzt 18 Monate im Bundestag, ohne dass die Regierungsparteien sich zu einer Zustimmung aufrufen können. Bei der doppelten Staatsbürgerschaft – auch ein Kritikpunkt des Europarats – bewegt sich die Bundesregierung sogar trotz ausdrücklicher Aufforderung durch den Bundestag, die entsprechende Konvention des Europarats zur Staatsbürgerschaft ohne Vorbehalt zu ratifizieren, weiterhin nicht.“

Überwachen und strafen

Der Bundesvorstand der CDU hat am 25. Juni 2001 „Leitlinien zur Inneren Sicherheit“ beschlossen. Auf den ersten Blick könnte man meinen, sie enthielten nicht viel Neues. Tatsächlich sind die meisten einzelnen Elemente dieser Leitlinien nicht besonders neu, wurden sie doch in den vergangenen Jahren gerade von Seiten der CDU/CSU immer wieder in die Diskussion gebracht. Gleichwohl enthält die Zusammenfügung all dieser Elemente zu einem strategischen Konzept Sprengstoff.

Ausweitung des Gefängniswesens

Bei allen Vorbehalten, mit denen man der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PSK) begegnen sollte: Für 2000 weist sie (erneut) einen Rückgang der Kriminalität aus; der PSK zufolge hat sie den tiefsten Stand seit 1993 erreicht. Auch die schwere Gewaltkriminalität ist rückläufig, eine ganz leichte Zunahme verzeichnen in der Statistik die Körperverletzungen und schweren Körperverletzungen. Trotzdem steigt die Zahl der Strafgefangenen unaufhaltsam. 1999 befanden sich in Deutschland fast 60 000 Menschen in Straftat, mehr als je zuvor. Zwei Jahre zuvor etwa waren es rund 8000, vier Jahre zuvor noch über 13 000 weniger. Die vorhandenen vielfach veralteten Gefängnisse platzen aus allen Nähten, die Gefangenen sind in kleinen Zellen zusammengepfercht. Die Konsequenz, die die Länder daraus ziehen: Das Gefängniswesen in der BRD erlebt eine bisher nicht gekannte Ausweitung. Um zur Zeit 10 000 zusätzliche Haftplätze werden die Gefängnisse ausgebaut (dabei sind die Zellen und Gefängnisse, die wegen Veraltung geschlossen werden, schon abgezogen). Allein in Ostdeutschland werden die Kapazitäten um 50% (5 000 Haftplätze) erweitert, in Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz um 25%. Auf 2,5 Mrd. DM belaufen sich allein die Gefängnis-Baukosten, von den Folgekosten gar nicht zu reden.

Wenn nicht die Kriminalitätsentwicklung, was dann ist Ursache dieser Entwicklung? Aus Untersuchungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen schälen sich vier Faktoren heraus: Die Gerichte sprachen – erstens – mit Beginn der zweiten Hälfte der 90er-Jahre vergleichsweise härtere Urteile aus, diese Tendenz setzt sich fort: In Hamburg z.B. wurden im Jahr 2000 31,9% der Angeklagten zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, 1999 waren es 25,9%, wobei der Anteil der Gefängnisstrafen ohne Bewährung von 8,7% auf 11,2% stieg; die Reihe ließe sich fortsetzen. Zweitens müssen immer mehr Menschen eine Haftstrafe antreten, weil sie ihre Geldstrafe nicht bezahlen können; u.a. hängt das mit

der Ausweitung des Strafbefehlswesens zusammen, Arbeitslose z.B. werden zu Strafbefehlen verdonnert, die sie niemals zahlen können, und viele wehren sich oft erst dann, wenn es zu spät ist, d.h. sie ins Gefängnis müssen. Drittens werden vorzeitige Haftentlassungen seltener, und schließlich werden Menschen ohne deutschen Pass für vergleichbare Straftaten teils wesentlich härter bestraft als Deutsche. (SZ 4.5.2000)

Vor diesem Hintergrund hätte sich die Gesellschaft Gedanken zu machen, wie sie den Trend zum Wegsperrten stoppt und umkehrt. Tatsächlich gibt es auch im bürgerlichen Lager durchaus Ansatzpunkte. Selbst eine auf Repression ausgerichtete Organisation wie die Gewerkschaft der Polizei warnt davor, mit immer mehr Gefängnisplätzen eine Gewalt-Eskalation zu betreiben. Der Brandenburger CDU-Justizminister Schelter etwa sprach sich für die Ausweitung der Strafaussetzung zur Bewährung aus und kam Justizministerin Däubler-Gmelin nahe, die die Grenze für Bewährungsstrafen von derzeit zwei auf drei Jahre verlängern will.

Vorbild USA

Der Bundesvorstand der CDU aber will das Gegenteil: Er propagiert eine Politik, in der das Einsperren zur elementarsten und einfachsten Methode zur „Lösung“ sozialer Probleme und gesellschaftlicher Konflikte erklärt wird. Die „Leitlinien“ orientieren sich stark am US-Vorbild. Allerdings sind die Verhältnisse in den USA mit denen hierzulande in Bezug auf das Gefängniswesen noch bei weitem nicht zu vergleichen.

Denn mit über 2 Millionen sitzt mehr als ein Viertel aller Strafgefangenen in der Welt in einem US-Gefängnis, das sind 725 von 100.000 US-Amerikanern gegenüber 90 von 100.000 Einwohnern in der BRD. Im Zusammenhang mit weitreichender Privatisierung ist das Gefängniswesen in den USA zum Ort höchstprofitabler Ausbeutung geworden, nicht nur für die Betreiber, sondern auch für High-Tech-Unternehmen wie IBM, Motorola, Compaq, Microsoft und Boeing, die in den Gefängnissen von entrechteten und unorganisierten Arbeitskräften zu Niedrigstlöhnen produzieren lassen. Das alles wirkt als Anreiz, das Gefängniswesen weiter und weiter auszubauen, um es mit Gefangenen zu füllen. Andere wiesen darauf hin, dass das Strafsystem in den USA eine Form der Segregation der Ärmsten ist, eine rassistische dazu; gäbe es die hohe Gefangenenerate nicht, wären zum Beispiel die Arbeitslosenraten um mehrere Prozent höher, unter den afroamerikanischen



„Vandalismus, Schmierereien und Belästigung, etwa durch aggressives Betteln, die örtliche Drogenszene, die Verwahrlosung von Straßen sowie die Beschädigung öffentlicher Verkehrsmittel ... sind die Keimzellen für Kriminalität.“ „Durch abgestimmte Verfahrensweisen zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft ist die Bearbeitung von Fällen der Kleinkriminalität zu beschleunigen und die Sanktionsquote zu erhöhen.“

Männern fast doppelt so hoch.

Aber auch in den USA sind nicht immer schon mehr Ressourcen für das Gefängniswesen als für Sozialhilfeempfänger, mehr Geld für Gefängnisbauten als für den Bau von Colleges und Universitäten ausgegeben. 1970 lag die Zahl der Strafgefangenen gerade bei 200.000, also bei weniger als 10% der heutigen Zahlen. Explodiert sind diese Zahlen durch eine Reihe politischer Entscheidungen, die die Strafjustiz zum Instrument der Bekämpfung der Armen und am meisten Unterdrückten der Gesellschaft ausbauten. Die Entscheidungen lassen sich an dieser Stelle nicht alle aufzählen. Dass aber über 1 Millionen Menschen im Zusammenhang mit Drogendelikten zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden und als „Wiederholungstäter“ teilweise endlos viele Jahre im Gefängnis sitzen, ist Ausfluss einer Drogenpolitik, die als „Krieg gegen Drogen“ verstanden und als Krieg gegen die Drogenszene durchgeführt wird. – Hinzu kommt, dass die US-Politik nicht nur Sozialpolitik weitgehend durch Strafjustiz ersetzt hat, sondern dass das oberste und fast einzige Ziel des Rechtssystems die Bestrafung ist.

Auf einen solchen Weg begibt sich der Bundesvorstand der CDU mit seinen „Leitlinien“.

Innere Sicherheit = Standortpolitik

Dass die CDU in dem gesamten Papier nicht einen einzigen Gedanken auf mögliche gesellschaftliche Ursachen von abweichendem Verhalten und Kriminalität verwendet – nun, das hat sie, soweit bekannt, noch nie getan. Sie teilt die Welt in Täter und Bürger, Bedrohung und zu Schützende. Doch darüber hinaus nimmt sie gegenüber früheren Beschlüssen eine scheinbar leichte, ideologisch aber schwerwiegende Verschiebung vor: „Sicherheit“, erklärt sie gleich in der Präambel, „ist ein wichtiger Faktor nicht zuletzt für den Wirtschaftsstandort Deutschland.“ Wird die Kriminalitätsbekämpfung als Standortpolitik definiert, hat das für ja keineswegs ein für alle Mal feststehende, sondern ständig umkämpfte Definition von Kriminalität – und für die Gewichtung der Straftaten – Folgen: Der „Kriminelle“ schadet dem Standort, schadet Deutschland, wird Schädling und als Schädling bekämpft. Und: was dem Standort schadet, wird ganz schnell kriminell.

„Alltagskriminalität“ zum Beispiel: Die CDU erhebt die „Null Toleranz“ zur Leitlinie und erklärt soziale Probleme wie Obdachlosigkeit und Drogenszenen ebenso wie bestimmte Formen von Jugendkultur zu „Keimzellen für Kriminalität“, die durch Repression zu bekämpfen sind. Sie tritt ein für eine rigide Drogenpolitik, die mit der Diskussion um die Freigabe von Drogen Schluss macht und unter Prävention in erster Linie die Anwendung der Strafbestimmungen des Betäubungsmittelrechts versteht. Unter „Kinder- und Jugendkriminalität“ wird unterschiedslos alles von jugendtypischem Verhalten bis zu schweren Gewalttaten subsummiert, und zur Lösung fällt der CDU nichts anderes ein als Eintrichtern „traditioneller Tugenden und Werte“ („Höflichkeit, Aufrichtigkeit und Disziplin“) einerseits, die Einführung bzw. Verschärfung „repressiver Maßnahmen“ zur „erzieherischen Wirkung“ andererseits: Jugendarrest bei Bewährungsstrafen, Verschärfung des Strafrahmens und Heraufsetzung des Höchstmaßes der Jugendstrafe von 10 auf 15 Jahre, Anwendung des allgemeinen statt des Jugendstrafrechts bei Heranwachsenden, geschlossene Heimerziehung – der ganze Katalog. Der „Bekämpfung der von Ausländern begangenen Straftaten“ widmet sie ein eigenes Kapitel, in dem sie am klarsten auf den Punkt bringt, was sie unter Kriminalitätsbekämpfung versteht: Wer Straftaten begeht, wird aus der Gesellschaft ausgeschlossen, d.h. bei Menschen ohne deutschen Pass: abgeschoben – automatisch bei einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr (die derzeitige Regelung lautet offiziell: mindestens drei Jahren) und „Ausländer, die an gewalttätigen, insbesondere extremistischen Ausschreitungen teilnehmen“, schon sowieso und ohne alle Umstände. Da die CDU überdies einen engen Zusammenhang zwischen „Rechtstreue von Ausländern“

„Für notwendige erzieherische Wirkung auf Kinder und Jugendliche ist der Einsatz repressiver Maßnahmen oft unverzichtbar.“



und „ihrer Bereitschaft und Fähigkeit zur Integration“ erklärt, verschärft sie den Assimilationsdruck gewissermaßen mit Straf- und Abschiebungsandrohungen.

Mit dem Kapitel „Bekämpfung des Extremismus“ versucht der CDU-Bundesvorstand, die notwendige Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Neonazis zu umgehen und stattdessen die allgemeine Repression zu verschärfen und Grundrechte abzuschaffen: So will sie insbesondere das Versammlungsrecht einschränken und Veranstaltungen von „Extremisten“ generell auf ihre Zulässigkeit prüfen, polizeilich überwachen oder gleich ganz untersagen.

Große Sorgen bereitet ihr, dass die modernen Kommunikationsmittel polizeilicher Kontrolle nicht leicht unterworfen werden. Hier will sie u.a. die Netzbetreiber zur „umfassenden Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden“ zwingen, die Polizei ermächtigen, Durchsuchung von Computern ohne Hinzuziehung von Staatsanwälten und Richtern vorzunehmen, und außerdem die Überwachung und Speicherung von Daten im Telekommunikationsgesetz ausdehnen. – Fast ist schon überflüssig zu erwähnen, dass die CDU die DNA-Analyse, da kriminelle Karrie-

ren immer klein anfangen, bereits bei geringfügigen Delikten einsetzen.

Zusammengefasst: Das System der Strafaussetzung zur Bewährung darf nicht ausgeweitet werden („der Allgemeinheit nicht zuzumuten“); Verhaltensweisen, die als lästig oder ärgerlich, also störend empfunden werden, sollen unter Strafe gestellt werden; die Strafen sollen verschärft werden; die Überwachung soll (fast) alle erfassen (Videoüberwachung im öffentlichen Raum) und vor nichts Halt machen (Videoüberwachung von Wohnungen); Geheimdiensten soll nicht nur im Kampf gegen „Extremismus“, sondern auch gegen das „Verbrechen“ eingesetzt werden; die Polizei soll ausgebaut und mit stärkeren Befugnissen versehen, der Bürger zu ihrem Handlanger werden.

Die mit den Leitlinien angekündigte Politik wird die Gefängnisse in der BRD weiter füllen und noch schneller als bisher: mit Jugendlichen ohne Perspektive, mit Armen, Obdachlosen, Suchtkranken, Menschen ohne deutschen Pass, mit Menschen ohne, für die der Standort Deutschland keine Verwendung hat. Kein einziges Wort verliert die CDU über Delikte, die nur von den Profiteuren dieses Standortes begangen werden können: Steuerhinterziehung großen Ausmaßes, Aktien- und Anlagebetrug, Konkursbetrug, Umweltverbrechen ... scc

Eine Gesellschaft von Polizeihelfern

„Verhütung und Bekämpfung von Kriminalität geht alle an, nicht nur die Ermittlungsbehörden ... können Polizei und Justiz Sicherheit und Ordnung nicht allein gewährleisten. Sie brauchen Partner in der Gesellschaft; in den Familien, Kommunen, Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen, Kirchen, Vereine, Verbände und in der Wirtschaft. Wir brauchen aber auch den einzelnen Bürger. Das Bewusstsein und die Verantwortung für die Sicherheit sind weiter herauszubilden und zu schärfen.“ ... die Unkultur des Wegschauens muss beendet werden. Sie muss durch eine Kultur der Aufmerksamkeit und des Engagements des Einzelnen für die Gemeinschaft ersetzt werden.“ „Besonderes Gewicht kommt der bürgerschaftlichen Beteiligung an der

Polizeiarbeit zu. Das bürgerschaftliche Engagement ist für die innere Sicherheit zu nutzen und zu fördern. Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Berlin, Brandenburg und Sachsen haben mit der Einrichtung von freiwilligen Polizeihelfern sowie einer ehrenamtlichen Sicherheitswacht (sog. Sicherheitspartnerschaften) die Möglichkeit eröffnet, dass sich Bürger aktiv an der Arbeit beteiligen können ... Die Bürger wirken im Umfeld von Kinderspielflächen, Schulen und Kindergärten durch Streifen mit ... Sie sind präsent in Angsträumen wie Parkhäusern und öffentlichen Anlagen und stellen einen Begleitsdienst in öffentlichen Verkehrsmitteln für Schüler und Senioren. Wir wollen, dass der Gesetzgeber solche Sicherheitspartnerschaften in jedem Land ermöglicht und den Bürgern Anreize zum Mitwirken gibt.“

Ver(un)sicherung

Wieso hat die gesetzliche Krankenversicherung der lohnabhängig Beschäftigten jahrzehntelang funktioniert und warum treten jetzt immer mehr Schwierigkeiten auf?

Gängige Meinungen verweisen auf die Profitsucht der Pharmakonzerne und die Gier der Menschen in den Gesundheitsberufen, besonders der Ärzte und hier besonders der Zahnärzte. Aber wo Geld fließt, kommt es nie darauf an, wie viel die Empfänger annehmen würden. Maßgebend ist, wie viel die Zahler loslassen. Das beleidigende Marktgeschrei erklärt nichts.

In die Krankenversicherung zahlen die Versicherten nach ihren Leistungsfähigkeit ein, genau proportional zu ihrem Einkommen (bis das Einkommen die sogenannte Pflichtgrenze erreicht, eine Höhe, ab der zusätzliche Annehmlichkeiten im Gesundheitsbereich privat finanziert werden). Die Versicherten erhalten Leistungen nach ihrem Bedürfnis, das sich aus ihrer Erkrankung ergibt. Das Verteilungsprinzip für Leistungen des Gesundheitswesens würde also lauten: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen – eine Formel, mit der Karl Marx ein kommunistisches Verteilungsprinzip für eine ferne Zukunft skizzierte. Zu dieser Übereinstimmung kommt es, nicht weil im Gesundheitsbereich eine künftige Verteilungsgerechtigkeit vorweggenommen worden wäre, sondern weil sich dort Marktverhältnisse erst noch entwickeln.

So lange die medizinische Dienstleistung vor allem in ärztlicher Leistung besteht, hängt das Ausmaß, in dem sie gewährt werden kann, von der persönlichen Präsenz ab. Diesen Faktor konnten die ärztlichen Standsorganisationen durch das Niederlassungsrecht weitgehend steuern, wobei sie sich von den Gedanken eines angemessenen Auskommens des Arztes (gemessen an anderen akademischen Berufen) und einer angemessenen Versorgung der Bevölkerung leiten ließen. Da der zu Hilfe gerufene Arzt aus moralischen, standesrechtlichen und schließlich auch gesetzlichen Gründen ans Werk muss, leuchtet ein, dass alle Beteiligten Orientierungsmaßstäbe hatten. Das ganze basierte darauf, dass das Angebot medizinischer Leistungen letztlich von der Zahl der zugelassenen Ärztinnen und Ärzte abhing.

Inzwischen enthält dieses Angebot den Einsatz aufwendiger Geräte, kostbarer Hilfsmittel, umfangreichen Personals, Labors, Prothesen aller Art usw. Es entsteht ein medizinisches Geschäft, dessen Umfang nicht mehr durch die Dauer des persönlichen Arbeitstages begrenzt wird, so dass der ärztliche Zeitaufwand das Gesamtbudget nicht

mehr steuert. Das ist ein langsamer Prozess gewesen, der wohl schon das ganze vergangene Jahrhundert zu messen gewesen wäre, aber sich von seiner technischen Seite her in den letzten Jahrzehnten ohne Zweifel sehr beschleunigt hat.

Heute ist die Liste der Leistungen, die einigermaßen begründbar in eine Behandlung eingeführt werden könnten, ellenlang und preislich nach oben offen.

Auf der ärztlichen Seite mag sich die Sache so darstellen, dass eine klare Situation, in der man helfen kann und – so weit man Rat weiß – muss, abgelöst wird durch eine Situation, in der Aufwand und Nutzeffekt gegeneinander abgewogen werden müssen.

Der Konsument einer Brille will nicht nur sehen, sondern auch aussehen, der Konsument einer Zahnprothese nicht nur beißen und kauen, sondern auch Eindruck machen. Hier soll nichts diffamiert werden, Brillen und Zahnprothesen, die sich tragen lassen wie etwa Kleidungsstücke, sind ein Fortschritt (und kein kleiner) für die Lebensqualität. Die Finanzierung kann aber nicht mehr per Umlage der Versichertengemeinschaft glücken.

So wird aus der Tatsache, dass medizinische Leistungen über den Bereich der unmittelbar einleuchtenden Nothilfe hinaus möglich geworden sind, ein verwickeltes Strukturproblem. Das weite Feld der für Gesundheitspflege und Wohlbefinden möglichen Dienstleistungen kann nicht per Umlage finanziert werden. Noch viel weniger kann das gesamte Feld dieser Dienstleistungen durch Kaufentscheidungen der „Kunden“ reguliert werden. Denn diese stehen nicht irgendwie kauflustig vor Alternativen, sondern sind hilfsbedürftig. So besteht die begründete Besorgnis, dass durch diese Prozesse die Ethik der ärztlichen Hilfsleistung, ein altes und für die ganze Gesellschaft wichtiges Kulturgut, zersetzt wird.

Die gegenwärtige Diskussion leidet darunter, dass sie um die Kostenbelastung, die Höhe der Versicherungsumlage kreist und auf der anderen Seite die Tendenz besteht, möglichst viele, tendenziell alle Leistungen in der Umlagefinanzierung zu halten.

Wäre es nicht aussichtsreicher, eine Diskussion zu führen mit der Prämisse, dass ein gewaltiger Teil dieser Leistungen gar nicht nach Marktgesetzen finanziert werden kann. Sieht man die Gesundheitsversorgung als Gesamtstruktur, so muss ein Teilbereich durch öffentliche Mittel auf dem Steuerwege gezahlt werden (Krankenhausbau und –unterhalt, Forschung gehören sicherlich dazu), ein zweiter durch Versicherung von Risiken und ein dritter durch Kaufentscheidungen.

Eine Diskussion, welche Leistungen wohin gehören, ist nicht zu umgehen.

Gesundheitsreform

Rabiate Pläne

Kanzler Schröder hatte mal 'ne Idee: Wir steigern die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch niedrigere Lohnkosten. Direkt an die Löhne ran, das geht nicht wegen den Gewerkschaften. Aber die Lohnnebenkosten, die könnte man senken.

Also wurde der Beitrag zur Rentenkasse um einen halben Prozentpunkt gesenkt – die Gegenfinanzierung erfolgte bekanntlich durch einen Aufschlag auf die Benzinpreise, die sogenannte Ökosteuer, aber er erhielt das Lob „der Wirtschaft“, also der großen Verbände der Kapitalisten.

Bei der Arbeitslosenversicherung besteht noch immer die Aussicht, dass mit sinkenden Arbeitslosenzahlen vielleicht auch eine Senkung des Beitragssatzes möglich sei, das ist allerdings wegen der ungewissen Konjunkturlage eine eher schwache Hoffnung.

Die Krankenkassen hätten eigentlich im letzten Jahr die Beiträge erhöhen müssen, da gab's aber die Einbeziehung von 630-DM-Jobs in die Sozialversicherungspflicht; das hat zwar das Gewerbe, das auf diese Jobs angewiesen ist, einigermaßen hart getroffen (und zum erheblichen Teil auch die dort Beschäftigten), aber die Großbetriebe sind das bekanntlich nicht.

Diese Stabilität, so war zunächst die Planung von der damaligen Ministerin Fischer (Grüne), sollte gesichert werden mittels der sogenannten Budgetierung, also der Festsetzung der Ausgabensumme für Arznei- und Heilmittel und die kollektive Haftung der Ärzte bei Überschreitung. Diese Regelung hat aber bei Ärzten und Patienten zu beträchtlicher Unruhe geführt; sie wurde als ungerecht empfunden und bestrafte alle Ärzte mit überdurchschnittlich vielen alten oder chronisch erkrankten Patienten. Diese Unzufriedenheit trug wesentlich zum Rücktritt der Gesundheitsministerin Fischer bei. Die neue Ministerin, Ulla Schmidt von der SPD, machte sich denn auch schnell beliebt, als sie verkündete, diese Budgetregelung werde zum 1.1.2002 aufgehoben. Künftig sollen Kassenärzte und Krankenkasse untereinander aushandeln, wie die Ausgaben für Arzneimittel begrenzt werden können.

Die Anbieter im Gesundheitssystem haben das Signal so verstanden: Künftig wird mehr Geld im System zur Verfügung stehen. Soweit aus Berichten der Kassen ersichtlich (z.B. AOK Hessen) wird auch gar nicht abgewartet, bis die Aufhebung der Budgetierung in Kraft tritt, sondern schon im Vorgriff entsprechend gehandelt. Jedenfalls sind die um über 13 Prozent gestiegenen Ausgaben für Arzneimittel eine Begründung, warum die AOK



Hessen ihren Beitragssatz von 13,8 auf 14,8% zum 1. Juli erhöht hat (die AOK Baden-Württemberg ist dem gefolgt mit einer Erhöhung von 13,5 auf 14,2%).

Das aber passt überhaupt nicht ins Konzept von Kanzler Schröder mit den sinkenden Lohnnebenkosten! Die Gesundheitsminister reagiert nervös und wird von der Opposition attackiert (siehe Kasten), aber nicht nur von dort: Über die Presse wird die Gesundheitsministerin aus dem Kanzleramt angegangen. Die *Süddeutsche Zeitung* zitiert:

„Das Papier des Kanzleramts sieht unter anderem vor, eine Art Grundversicherung für die Bürger einzurichten, ähnlich wie in der Schweiz. Dabei wür-

den den Versicherten einzelne Leistungen der heutigen Krankenversicherung vor-enthalten. Diese müssten über private Zusatzversicherungen abgesichert werden. Die Kassen erhielten mehr Macht und ‚die freie Arztwahl wird eingeschränkt‘, heißt es. So könnten die Kassen Leistungen mit einzelnen Ärzten und Krankenhäusern direkt vereinbaren. Ähnliche Vereinbarungen seien auch mit Pharmaherstellern denkbar, um die Preise für Medikamente zu senken. Insgesamt seien ‚Kosteneinsparungen von 30 bis 35 Prozent‘ möglich. Das Papier lässt vorerst offen, welche Leistungen aus dem Katalog der Krankenkassen gestrichen werden sollten. Allerdings müssten die

Maßnahmen gewichtig sein, heißt es zur Begründung: ‚Eine notwendige Kostenentlastung kann nicht erreicht werden, wenn nur Bagatelleleistungen und medizinisch nicht notwendige Leistungen ausgesteuert werden.‘ So würden die Beiträge etwa nur um zwei Prozentpunkte sinken, wenn die Patienten künftig selbst die Kosten für Heil- und Hilfsmittel, wie Krücken oder Krankengymnastik, übernehmen. Ein völliger Wegfall dieser Kassenleistung sei aber ‚unrealistisch‘. Deshalb müssten Wahlleistungen auch für andere Versorgungsbereiche angeboten werden. Bisher hat Ministerin Schmidt ein System von Wahl- und Pflichtleistungen immer abgelehnt. ‚Eine Reduzierung der gesetzlichen Versicherung auf eine Grundversorgung wird es mit mir nicht geben‘, sagte sie erst kürzlich.“ (*Süddeutsche Ztg.*, 27.6.)

Die bisher verfolgte Linie, keine Diskussion um das Gesundheitswesen vor den Wahlen, lässt sich wohl nicht mehr halten. Der Kanzler testete mit seinem Papier die öffentliche Reaktion auf einen FDP-kompatiblen Vorschlag – und wenn die Ministerin nicht auf Kurs geht, wird er sie fallen lassen. Die Union ist sich über ihre Strategie noch nicht ganz sicher; in der Bundestagsdebatte über die Beitragserhöhungen reichten die Äußerungen von Einführung der „Zwei-Klassen-Medizin“ durch Rot-grün (Ulf Fink) bis zu Seehofer, der sich für mehr Markt und weniger Staat einsetzte. Ein Konsens der großen Parteien so wie bei den Renten ist in Sicht. Wenn niemand von der Opposition gestaltend Einfluß nimmt, wird er allerlei Grausamkeiten für die Ärmern mit sich bringen.

alk, maf

Dokumentiert: Aktuelle Stunde im Bundestag

28.6., Thema Beitragserhöhung bei Krankenkassen

Horst Seehofer (CDU/CSU): Das deutsche Gesundheitswesen befindet sich in einer Krise und die Verantwortung dafür trägt allein die Bundesregierung.

Drei Kardinalfehler haben zu dieser Lage geführt. Erster Kardinalfehler: Sie haben die gesetzliche Krankenversicherung 1998 in einer guten Verfassung übernommen, mit Milliardenüberschüssen in den Jahren 1997 und 1998. Der Versicherungsbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung ist zwischen dem 1. Januar 1993 und dem Ende unserer Regierungszeit im September 1998 unverändert geblieben. Wenn Sie nicht unsere Gesundheitsreform zu nächst im Wahlkampf attackiert und dann nach der Wahl in ihren Kernelementen zurückgenommen hätten, hätten Sie jetzt nicht die Probleme im deutschen Gesundheitswesen.

Zweiter Kardinalfehler: Mit großem Pomp wurde die Gesundheitsreform

2000 angekündigt – im einen Teil rückwärts gewandt, im anderen Teil wirkungslos. Die Reform war rückwärts gewandt, weil Sie wieder auf die Budgets gesetzt haben. Sie müssen jetzt unter dem Druck der Verhältnisse – weil die chronisch Kranken die notwendige medizinische Versorgung nicht mehr bekommen – diese Budgets Stück für Stück aufgeben. Sie sind mit dieser Budgetpolitik völlig gescheitert. (...)

Den dritten Kardinalfehler haben Sie, Frau Schmidt, persönlich zu verantworten, weil Sie ihn gemacht haben. Sie haben sich zu Beginn Ihrer Amtszeit in völliger Verkennung der realen Lage entschieden, eine Gesundheitsreform erst nach der Bundestagswahl zu machen. (...)

Was wir brauchen, ist ein völliger Neuanfang in der Gesundheitspolitik.

Ich fordere Sie auf, noch vor der Sommerpause ein Sofortprogramm vorzulegen, weil sonst die Flut von Beitragserhöhungen nicht zu stoppen ist. (...) Dieses Sofortprogramm muss drei Elemente beinhalten:

Erstens. Wir brauchen in der Tat mehr

Qualität im deutschen Gesundheitswesen. Das heißt, wir müssen die Mediziner ausbildung reformieren. (...)

Zweitens. Befreien Sie die Beteiligten im Gesundheitswesen von all den Fesseln der Reglementierung und der Listenmedizin! Die Positivliste, von der wir hier jahrelang gehört haben, hat keinen positiven Effekt. Jetzt wird sie als Mittel zur Lösung der Probleme in der gesetzlichen Krankenversicherung angeboten. Befreien Sie die Beteiligten von den Budgets! Geben Sie Ärzten, Krankenkassen, Selbsthilfegruppen und Patienten die Freiheit, vor Ort mit Verträgen, mit Organisationsmodellen die bestmögliche Form der Versorgung unserer Patienten zu finden! Nicht Budgets, sondern Freiheit ist die Antwort.

Drittens: mehr Selbstbestimmungsrecht für die Patienten. Sie sollen in Zukunft selber über die Höhe ihrer Beiträge und über den Leistungsumfang entscheiden können. Nicht die Funktionäre im Gesundheitswesen müssen gestärkt werden, sondern die Patienten und die Versicherten.

Autoindustrie bestreitet 15 Prozent der Industrie- produktion

Autoland Tschechien

In Brno fand kürzlich wieder der jährliche „Auto-Salon“ statt. Anlässlich dieser Messe wurden aktuelle Zahlen über die Entwicklung der Autobranche in Tschechien genannt. Diese Zahlen lassen erkennen, in welch starkem Ausmaß die tschechische Wirtschaft mittlerweile vom Automobilbau einschließlich Zulieferindustrien abhängig ist. Der Anteil der Branche am Gesamtvolumen der Industrieproduktion betrug im letzten Jahr 14,7 Prozent, ihr Anteil am Export 17,5 Prozent. Škoda auto (100% VW-Tochter) allein bestritt 10 Prozent des gesamten tschechischen Exportvolumens. Die Firma verkauft von 100 produzierten Autos 81 ins Ausland (vor allem nach Deutschland und Polen). In der Gesamtbranche beträgt die Exportquote rund 70 Prozent.

Menschen vorteilhafter als Maschinen

Die Arbeiter bei Škoda auto verdienen monatlich im Durchschnitt 20.000 Kronen brutto, umgerechnet knapp 1200 Mark. Vor zehn Jahren produzierten 20.000 Škoda-Arbeiter rund 170.000 Pkw, heute fertigen 25.000 Beschäftigte eine halbe Million Autos jährlich.

In der Sendereihe „Connect Europa“ sendete 3sat am 25. Juni einen Beitrag über die Tschechische Republik. Darin sagte der Pressesprecher von Škoda: „Mit unseren Personalkosten, die niedriger sind als im Westen, beschäftigen wir in verschiedenen Operationen weit mehr Menschen als im Westen, wo dann die Maschinen vorteilhafter sind. Das Kapital wäre hier zu teuer. Wenn die Menschen das machen können in der Qualität und es ist physisch machbar und nicht gefährlich, dann machen es bei uns Menschen.“

Mit anderen Worten: In Tschechien werden nicht die modernsten Technologien eingesetzt, sondern eigentlich veraltete. Zwar „schafft das Arbeitsplätze“, aber es zementiert gleichzeitig eine relative technologische Rückständigkeit und ein niedriges Lohnniveau.

VW-Modell „5000 mal 5000“ – Annäherung nach unten

Die niedrigen Löhne in seinen mittel- und osteuropäischen Zweigwerken zieht VW als Argument heran, um die Löhne der VW-Arbeiter in Deutschland zu drücken. So z.B. in der aktuellen Auseinandersetzung um das „Modell 5000 mal 5000“. Zur Fertigung des neuen Minivan A-MPV will die Geschäftsleitung in Wolfsburg 5000 neue Leute einstellen

und ihnen einheitlich 5000 DM brutto zahlen. Das ist der Durchschnittslohn der VW-Arbeiter, die dafür aber laut Haustarif nur 28,5 Stunden wöchentlich arbeiten. Diese verkürzte Arbeitszeit, die vor wenigen Jahren eingeführt wurde, war für die VW-Beschäftigten mit erheblichen Lohneinbußen verbunden. Betriebsrat und Gewerkschaft stimmten damals zu, weil dadurch angeblich Arbeitsplätze gesichert wurden. Jetzt wird diese Vereinbarung als Einstieg für eine massive Lohnsenkung benutzt. Die 5000 Neuen sollen nämlich für dasselbe Geld wesentlich länger arbeiten: Zunächst forderte die Konzernleitung eine Arbeitszeit von bis zu 48 Stunden ohne Zuschläge. Dann hieß es: 35 Stunden für 4500 Mark plus 500 Mark für 7,5 Stunden „Qualifizierungszeit“ wöchentlich. Die Gewerkschaft IG Metall wies dieses „Modell“ zurück, da der Stundenlohn dabei nicht nur weit unter dem VW-Haustarif, sondern sogar um 583 Mark

seien. Personalvorstand Peter Hartz erklärte, der Plan richte sich nicht gegen den Flächentarifvertrag oder den Haustarif, es gehe einfach nur darum, billiger zu produzieren. „Benchmark“ (Vergleichsmaßstab) für künftige Kostenrechnungen und Standortentscheidungen sei das Werk Bratislava in der Slowakei, wo die Lohnkosten nur ein Zehntel so hoch seien wie in Deutschland.

BMW-Standortentscheidung voraussichtlich Ende Juli

BMW will Ende Juli seine Entscheidung bekannt geben, wo das neue Montagewerk für die Dreier-Reihe gebaut werden soll. Während der etwa einjährigen Prüfphase für den neuen Standort hatten die Bewerber reichlich Zeit, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen. Von den tschechischen Städten ist Kolín noch im Rennen. „Für unsere Wirtschaft wäre das ein genauso großer Gewinn wie die Investition von Volkswagen Anfang der neunzi-



**Im Gefolge von VW expandieren auch zahlreiche Zulieferbetriebe nach Tschechien.
Bild: Produktion von Schalthebeln**

unter dem Flächentarif für die niedersächsischen Metallindustrie liegen würde. Gleichzeitig würde damit die 40-Stunden-Woche wieder eingeführt. Das würde einen Dammbbruch bedeuten, argumentierten die Gewerkschafter.

VW gründete daraufhin eine eigene Firma, die Volkswagen Coaching GmbH, und deklarierte sie als Ausbildungs- und Qualifizierungsgesellschaft. Die „Neuen“ sollen dort einen auf drei Jahre befristeten „Ausbildungsvertrag“ mit einem Anfangsgehalt von 3800 Mark erhalten. Anschließend können sie in die neue „Auto 5000 GmbH“ übernommen werden, die VW speziell für die Produktion des Minivan A-MPV gegründet hat.

„Für die Gewerkschaft bedeutet das Wolfsburger Pilotprojekt, dass erstmals mitten in ihrem Tarifgebiet eine Insel entsteht, auf der sie keinen Einfluss mehr hat“, kommentierte die Süddeutsche Zeitung am 30. Juni. Trotzdem stellte sie fest, dass aus der IG-Metall-Zentrale plötzlich „versöhnliche Töne“ zu hören

ger Jahre“, sagte Industrieminister Miroslav Grégr zu der Aussicht auf die Milliardeninvestition. Jedenfalls würde die Abhängigkeit der tschechischen Wirtschaft von der deutschen Autoindustrie damit weiter in die Höhe getrieben.

Um den Zuschlag zu erhalten, bietet Tschechien (laut Prager Zeitung vom 31. Mai): 300 Hektar Land inklusive Infrastruktur in der Industriezone von Kolín sowie eine Verkehrsanbindung für die neue Autofabrik. Mit den betroffenen Grundeigentümern hat die Stadt Vorkaufsverträge abgeschlossen. Als Quadratmeterpreis wurde einheitlich 250 Kronen (knapp 15 DM) vereinbart. Insgesamt also 750 Millionen Kronen oder 44 Mio. DM. Dazu kommen noch einige Hundert Millionen Kronen für die Bereitstellung der Infrastruktur. Der tschechische Steuerzahler würde dafür blechen, BMW bekäme Steuerferien.

G.R.,
Deutsch-Tschechische Nachrichten, 30

Zertrümmerung Jugoslawiens besiegelt

„Bei der Auslieferung des Slobodan Milosevic an das Haager Kriegsverbrechertribunal ... sind Geld und Gerechtigkeit eine Allianz eingegangen.“ Stellvertretend für viele andere Pressestimmen sei hier die *Süddeutsche Zeitung* (30.6./1.7.) zitiert. „Milosevic, das ist klar, wurde verkauft. Für ein Kopfgeld von mehr als einer Milliarde Dollar, das am Freitag auf der Geberkonferenz in Brüssel eilfertig ausgezahlt wurde, wechselte der Ex-Dictator von Belgrad nach Den Haag. Das hat zweifellos einen Hautgout (anrühenden Beigeschmack – d. Verf.), zumal die vom serbischen Premier Zoran Djindjic eingefädelt Überstellung putschartige Züge trägt. Doch das ist der Preis der Gerechtigkeit, der in diesem Fall gewiss nicht zu hoch ist.“

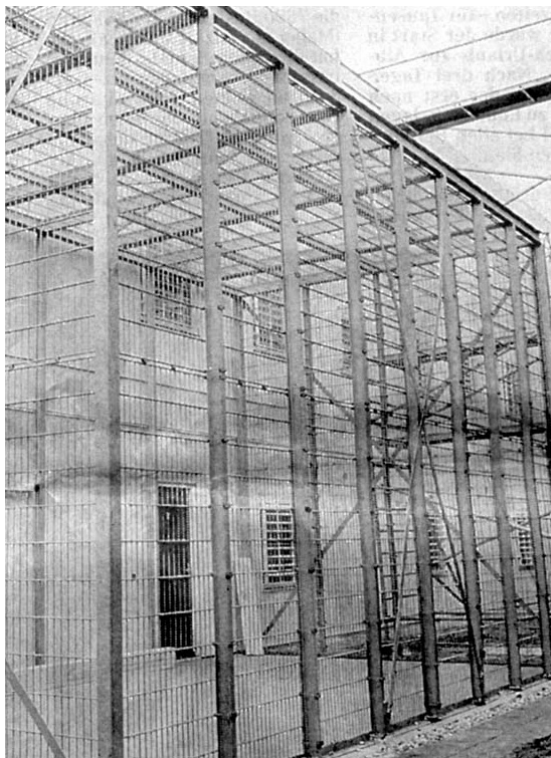
Wenn so unverblümt wie hier davon die Rede ist, dass der Zweck die Mittel heiligt, dann sollte man die Mittel sehr genau auf ihren inneren Zusammenhang mit dem Zweck hin untersuchen.

Serbien auf dem Weg – wohin?

Dass die Überstellung „putschartige Züge“ trägt, ist ein Euphemismus. Das jugoslawische Verfassungsgericht hatte 28.6. die Entscheidung der jugoslawischen Regierung zur Zusammenarbeit mit dem Haager Gericht, auf deren Grundlage Milosevic ausgeliefert werden sollte, bis auf weiteres ausgesetzt. Am selben Nachmittag noch erklärte die serbische Regierung die Verfügung des Obersten Gerichts für „nichtig“, es habe in dieser Zusammensetzung „kein Recht“, über die Verfassungsmäßigkeit von Entscheidungen der Bundesregierung zu urteilen. Gewaltenteilung? Gelockt durch Milliardenversprechen und erpresst mit der Bedingung, dass Milosevic ausgeliefert werden muss, nahm die serbische Regierung das Recht in die Hand und gab den Forderungen der Nato-Staaten statt: Ohne Kenntnis der in dieser Sache zuständigen jugoslawischen Bundesregierung wurden Milosevic nach Den Haag verbracht. Den mehrfachen Rechtsbruch bemäntelte Djindjic durch einen windigen Bezug auf einen 1989 eingefügten windigen Artikel in der serbischen Verfassung, wonach Serbien bei Bedrohung seiner Interessen Beschlüsse von Bundesbehörden oder anderen Republiken außer Kraft setzen könne, nicht einmal notdürftig. Und dieser Akt nackter Willkür soll einer höheren Gerechtigkeit zum Durchbruch verhelfen?

Wie es aussieht, ist Jugoslawien an diesem mehrfachen Rechtsbruch definitiv zerbrochen. Die Bundesregierung ist

auseinandergefallen. Serbien selbst hat mit der Art und Weise, man es sich Milosevics entledigte, den letzten Rest staatlicher Unabhängigkeit gegenüber Nato und EU preisgegeben. Die Abtrennung Montenegros, wo die DM längst die einzige offizielle und inoffizielle Währung ist, ist kaum noch aufzuhalten; auch seine Perspektive ist nicht die Unabhängigkeit. In der Folge wird auch die Erklärung der „Unabhängigkeit“ des Kosovo mehr als nur wahrscheinlich. Das Feuer großalbanischer Bestrebungen, das die ganze Region bedroht und Mazedonien akut gefährdet, bekommt neue Nahrung. Das ehemalige Jugoslawien ist zertrümmert und in einen Haufen internationaler Protektorate zerlegt. Dieser Prozess der Neuordnung des Balkan zugunsten



Im angeblich „freundlichsten Gefängnis“ der Welt wird Milosevic totaler Isolation unterworfen: Einzelzelle, Einzelhofgang im Käfig (Bild)

der großen Imperien ist, so ist zu befürchten, noch immer nicht abgeschlossen.

Milosevics Auslieferung – kein Schlusspunkt

Vor einigen Jahren bereits zog ein scharfsinniger Kritiker des 1993 eingerichteten Den Haager Kriegsverbrechertribunals in der „New York Times“ einen bemerkenswerten Vergleich zwischen eben diesem Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien und dem „internationalen“ Konzil von Konstanz, das den tschechischen Kirchenreformer Hus im Jahr 1415 wegen Ketzerei zum Tode verurteilte. In beiden Fällen dienten die Gerichtshöfe der Durchsetzung ordnungspolitischer Vorstellungen – dort der Autorität der

katholischen Kirche, hier der Neuordnung des Balkan –, sei schon vor der Eröffnung des Verfahrens in dem einem Fall Hus durch ein päpstliches Interdikt exkommuniziert, im anderen Serbien mit Sanktionen belegt und aus der „internationalen Gemeinschaft“ ausgeschlossen, sei die Verurteilung mit der Anklage schon beschlossen und liefen Kritiker sowohl des Verfahrens in Konstanz wie desjenigen in Den Haag große Gefahr, als Ketzler verurteilt zu werden. (David Binder, Internationale Gerichtshöfe einst und jetzt, Übersetzung in: Internationale Politik 9/1998) Die Tatsache, dass Milosevic unter Berufung auf das Völkerrecht vor Gericht gebracht, Verfahren gegen die Verantwortlichen des völkerrechtswidrigen Nato-Angriffskrieges gegen Jugoslawien mit keinem Gedanken in Betracht gezogen werden, unterstreicht die Kritik, die im Den Haager Gerichtshof ein Instrument der triumphierenden Sieger sieht.

Aber damit ist die Sache eben nicht beendet. Fünf Jahre nach seinem Märtyrertod, erinnert Binder, erhoben sich die böhmischen Gefolgsleute von Hus zu einem Aufstand, der seine Ideen in die entferntesten Ecken Europas trug; fünf Kreuzzüge wurden gegen die Hussiten geführt, die sämtlich erfolglos endeten, die Macht des Papsttums schwächten und das Schicksal des heilig-römischen Kaisers besiegelten. Ein direkter Vergleich verbietet sich. Doch auch die Auslieferung Milosevic und die Eröffnung des Verfahrens gegen ihn setzt nicht den Schlusspunkt der Auseinandersetzung. Schon werden Bedenken laut, wie schwierig es werden könne, die Milosevic vorgeworfenen Verbrechen und seine Verantwortung zu beweisen. Ob und wie schwer es den Nato-Staaten gemacht wird, ihre blutige Strategie der Neuordnung des Balkan durch das internationale Gerichtsverfahren zu legitimieren, hängt nicht zuletzt an Milosevic und seiner Verteidigung ab. Er kann im Verfahren die Verantwortung der imperialen Großmächte, gerade auch der BRD, an der Destabilisierung der Region, an der Zerteilung Jugoslawiens, an Krieg und Vertreibungen, an gefangen von der verheerenden und folgenreichen Anerkennung der früheren Teilrepublik Kroatien durch den damaligen deutschen Außenminister Genscher über die Unterstützung der kroatischen, bosnischen, albanischen Bürgerkriegsparteien bis hin zu Rambouillet, wo die Nato den Weg zu einer friedlichen Lösung verbaute, und zu dem Verbrechen des Angriffskrieges zur Sprache bringen. Die Tatsache des Gerichtsverfahrens bietet für den Kampf um die öffentliche Meinung auch eine Chance. In diesem Kampf geht es um Aufklärung und um Normen, auch in den internationalen Beziehungen. scc



Nach dreitägigem Streik haben die Busfahrer auf Mallorca, Ibiza und Menorca ihre Kampfaktion am 2.7. für 14 Tage ausgesetzt. Während des Streiks ging praktisch kein Flug pünktlich ab. Über 500.000 Urlauber saßen teils viele Stunden auf den Flughäfen fest. Die Gewerkschaft hatte ursprünglich 17% Lohnerhöhung für drei Jahre gefordert, die Busunternehmen schraubten ihr Angebot nach dem ersten Streiktag von 15 auf 16, am dritten Streiktag auf 18% hoch. Doch während die Gewerkschaft das Angebot annehmen will, sind die Streikenden dazu nicht bereit. Das Grundgehalt der Busfahrer liegt gerade mal bei 1.700 DM/Monat. Um davon leben zu können, sind sie auf Überstunden in der Hochsaison angewiesen. 80 Überstunden/Jahr sind gesetzlich erlaubt, aber die meisten Busfahrer machen deutlich mehr Überstunden, manche bis zu 35 Stunden/Woche. Deshalb fordern die Busfahrer neben der allgemeinen Lohnerhöhung zum einen die Erhöhung des Überstundengeldes von 12 auf 16,50 DM/Stunde, zum anderen die Reduzierung der Arbeitszeit und zwei freie Tage in der Woche. Die Überlastung in der Hochsaison gehe nicht nur an die Substanz, sondern gefährde auch die Sicherheit.

Kritik an EU-Flüchtlingspolitik

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat in einer aus Anlass des 50. Jahrestages der Genfer Flüchtlingskonvention geführten Debatte die Flüchtlingspolitik der EU bzw. ihrer Mitgliedsstaaten heftig kritisiert. Die 1951 aufgesetzte Genfer Flüchtlingskonvention enthält eine international gültige Definition des Flüchtlingsbegriffs und verankert v.a. das Recht auf Schutz vor Abschiebung oder zwangsweise Rückführung; sie wurde 1967 um ein Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge ergänzt. – Gegenwärtig sind 35 Millionen Menschen auf der Flucht, in Europa allein 7 Millionen. Die Zahlen steigen, doch die europäischen Ländern riegeln ihre Grenzen hermetisch ab. Die Parlamentarische Versammlung befürchtet, dass die angestrebte gemeinsame Einwanderungspolitik die Flüchtlingskonvention noch stärker unterlaufen soll, und beauftragte deshalb das Ministerkomitee, mit der EU Gespräche aufzunehmen, um derartige Einschränkungen zu verhindern. Die rigide Politik gegen Flüchtlinge drückt sich auch in den europäischen Zahlungen an die UNHCR, das UNO-Hochkommissariat für das Flüchtlingswesen, aus: Ihr Anteil sank von 20% bei Gründung auf heute nurmehr 5%.

Protest gegen ungarisches Statusgesetz

Das neue ungarische Statusgesetz belastet die Beziehungen zwischen Ungarn auf der einen, Rumänien, der Slowakei und potenziell auch Jugoslawien / Serbien auf der anderen Seite schwer. Insbesondere Rumänien läuft gegen das Gesetz Sturm. Mit dem Gesetz, das ohne vorherige Konsultationen mit den Nachbarländern verabschiedet wurde, schafft Budapest für die Angehörigen der ungarischen Minderheiten in den genannten Ländern einen so genannten Ungarn-Ausweis, der ihnen einen privilegierten Sonderstatus garantiert. Zugleich nimmt sich Ungarn das Recht, den Ausweis am Wohnort der Betroffenen, also außerhalb seiner eigenen Grenzen auszustellen. Das Statusgesetz stellt nicht nur ei-

ne grobe Einmischung in die Angelegenheiten der Nachbarstaaten dar, sondern stachelt darüber hinaus den ungarischen Revanchismus an, der eine Quelle scharfer Konflikte ist. In Rumänien hat man nicht vergessen, dass Ungarn im zweiten Weltkrieg mit Unterstützung des faschistischen Deutschland einen Teil des von ihm beanspruchten Territoriums annectierte. – In Rumänien leben nach ungarischen Angaben 1,7 Millionen, in der Slowakei 500.000, in Serbien 350.000 und in der Ukraine 300.000 Menschen, die sich „als Ungarn betrachten“.

Tschechien: Unterstützung für EU-Beitritt sinkt

Zwei Umfragen zufolge sprechen sich nur noch 38 bzw. 39% der Bürgerinnen und Bürger Tschechiens für einen Beitritt zur EU aus. 1997 waren es acht Prozent mehr. Einer der Umfragen zufolge ist die Ablehnung bei älteren Menschen und bei Menschen in schlechten Lebensverhältnissen besonders hoch.

Russland: Neues Parteiengesetz bedroht kleine Parteien

Durch ein neues Parteiengesetz, das in der letzten Woche das russische Parlament passierte, werden kleine und vor allem regionale Parteien in ihrer Existenz bedroht. Nach einer Übergangsfrist von zwei Jahren behalten nur noch jene Parteien ihren Status, die mindestens 10.000 Mitglieder nachweisen können. Schwerer wiegt, dass sie in über der Hälfte der 89 Provinzen Sektionen mit jeweils mindestens 100 Mitgliedern nachweisen müssen.

Diese Bedingungen erfüllen heute nur einige wenige Großparteien. Das Gesetz erleichtert nach Ansicht der Kritiker, dass Behörden die Registrierung oppositioneller Gruppen mit bürokratischen Mitteln hintertreiben. Vertreter regionaler Bürgerinitiativen, die z.B. für ein Provinzparlament kandidieren wollen, müssen zukünftig in halb Russland Mitglieder werben, um den Parteienstatus zu erhalten. Das zwingt sie praktisch, sich einer bestehenden, in der Regel stark zentralistisch aufgebauten gesamt-russischen Partei anzuschließen.

Österreich: Schwere Vorwürfe gegen Justizanstalt Krems Stein

Die Wiener Stadtzeitung Falter hat in einem umfassenden Gefängnis-Report u.a. enthüllt, dass sich im größten österreichischen Gefängnis Krems Stein eine sog. „Saunazelle“ für „renitente“ Häftlinge befindet, die völlig leer, ausbetoniert und nur des Nachts mit einer Matratze ausgestattet ist, die in der Früh von Beamten weggenommen wird. Nach Angaben von Häftlingen soll diese Zelle auf bis zu 70 Grad aufgeheizt werden. Die Häftlinge werden nackt in die Zelle verbracht. „Da kannst du nicht einmal stehen, es ist so heiß, dass du völlig austrocknest, Wasser bekommst du nur alle paar Stunden“, so ein Gefangener. Ein Justizbeamter zynisch: „Wir heizen ja nur ein, damit den Nackerten nicht kalt wird.“ Das Justizministerium kündigte eine sofortige Untersuchung der Vorwürfe an.

Pepe Rei ist frei

Der Chefredakteur der baskischen Zeitschrift *Ardi Beltza* ist frei. Der vierte Senat des Nationalen Gerichtshofes verwarf den Vorwurf, Rei würde mit seiner journalistischen Arbeit der ETA die Ziele vorgeben, und folgte damit dem Antrag der Verteidigung, dass es dafür keine Beweise gibt. Dabei erklärten die Richter ausdrücklich, die Reportagen in *Ardi Beltza* seien legitim und stünden in keinem Zusammenhang mit terroristischen Aktionen. Fünf Monate saß Rei trotz einer schweren Herzkrankheit im Gefängnis. Der berühmte Richter Garzón hatte ihm zuletzt vorgeworfen, selbst Mitglied der ETA zu sein, obwohl bei drei vorhergehenden Verhaftungen nicht einmal der Vorwurf, Rei unterstütze die ETA, nachgewiesen werden konnte. Die Freilassung Reis ist also ein Erfolg. Trotzdem hatten (wir berichteten) die Mitarbeiter von *Ardi Beltza* während der Inhaftierung Reis das Projekt beendet und eine neue Zeitung, *Kale Gorria* (*Kale Gorria* heißt sowohl „Rote Straße“ wie „die Rausgeworfenen“) gegründet, sicherheitshalber im Exil, d.h. im französischen Teil des Baskenlandes. (Quelle: Angehörigen Info)

Zusammenstellung: scc

STUTTGART. Am 18. Juni nahmen mitten am Tag um 14 Uhr ca. 2000 Eltern, Kinder und ErzieherInnen an der Aktion für bessere Betreuungsmöglichkeiten von Kindern in Stuttgart teil. Aufgerufen hatten zur Demonstration und Kundgebung die Gewerkschaft ver.di, der Gesamtelternbeirat und die Initiative Kinderbetreuung. Der Zug ging vom Schlossplatz zum Rathaus, wo gerade der Jugendhilfeausschuss tagte. Dem wurden im Anschluss an die Kundgebung die Forderungen übergeben: Keine größeren Gruppen, sondern neue Gruppen, Schaffung von Krippenplätzen, Förderung freier Einrichtungen, Entwicklung einer durchgängigen Betreuungslinie für alle Kinder, Verbesserung der Personalsituation, keine Erhöhung der Gebühren bei schlechterer Betreuung. Am 9. Juli wird die Verwaltung zur bisherigen Entwicklung Stellung nehmen.

Kommunale Berichte Stuttgart



Erneut staatliche Unterdrückung gegen kurdische Gruppen

MANNHEIM, MÜNCHEN. Am 29. Juni brachen in Mannheim etwa 150 kurdische Jugendliche zu einem Friedensmarsch nach Straßburg auf unter dem Motto „Anerkennung der politischen und kulturellen Rechte der Kurden – Demokratie in der Türkei!“. Auf einem Feld in dem Dorf Berwangen in der Nähe Heilbronn wurden die Jugendlichen am 2. Juli festgesetzt. Begründung: die Jugendlichen zeigten Plakate mit dem Abbild des PKK-Vorsitzenden Öcalan und der Aufschrift „Freiheit für Abdullah Öcalan“ sowie Fahnen und Stirnbänder in den kurdischen Farben; außerdem würde die Teilnahme von einigen minderjährigen Jugendlichen gegen das Jugendschutzgesetz verstoßen. Ein weiterer Punkt ist der Vorwurf, dass es auf der Marschroute keine Schlafplätze gebe. Der Friedensmarsch wurde einen Monat vorher bei den zuständigen Behörden angemeldet, eine schriftliche Genehmigung jedoch erst mit Beginn der Aktion am 29. Juni erteilt. Nach Informationen der Veranstalter sind bis jetzt alle angefragten Übernachtungsmöglichkeiten abgelehnt worden.

Am gleichen Tag wurde eine zuvor angemeldete und genehmigte Kundgebung in München im Zusammenhang mit der europaweiten Kampagne zur Anerkennung der politischen und nationalen Identität der Kurden von der Polizei verboten und die Versammlungsleiter festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, mit dieser Demonstration gegen das Betätigungsverbot der PKK verstoßen zu haben. Gleichzeitig haben zahlreiche Polizeikräfte in Anwesenheit eines Staatsanwaltes das kurdische „Med-Kulturhaus e.V.“ in München durchsucht.

Diese Ereignisse lassen den Schluss zu, dass Bundes- und Landesbehörden an einem repressiven Umgang mit der kurdischen Bevölkerung festhalten und jegliche politische Artikulation und Aktivität

im Keim ersticken wollen. Die Gruppe AZADI, Rechtshilfefonds für Kurinnen und Kurden in Deutschland, ruft deshalb die demokratische Öffentlichkeit auf, gegen diese Politik des Verbietens und Unterdrückens zu protestieren.

www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/

Antirassistisches Grenzcamp im Rhein-Main-Gebiet vom 27.7 – 5.8

FRANKFURT A.M. Das vorläufige Programm sieht so aus: **27.7.** Aufbau des Camps. **28.7.** Infostände und Verteilung der Campzeitung, Sternfahrt mit Kundgebungen über mehrere Routen in Frankfurt City. **29.7.** Tagsüber am Flughafen „Musik gegen Grenzen“, Präsentation der Plakatausstellung gegen die Deportation-Class der Lufthansa, 16/17 Uhr Begrüßungsveranstaltung für die Menschen vor Ort, abends im Camp: „jeder mensch ist ein experte“, Diskussion zum modernisierten Grenzregime. **30.7.** Um 14 Uhr Workshop „Einwanderungsdebatte und soziale Revolution“, abends in der Stadt Diskussion zu Entschädigungszahlungen an ZwangsarbeiterInnen, abends im Camp Dia-Vortrag zum Thema „rassistische Kontrollen und Ausgrenzung“, außerdem Präsentation der Camps in Spanien, Slowenien, Polen, der Aktionstage gegen den G-8-Gipfel in

Genua und Diskussion des Vernetzungprojektes „noborders“. **31.7.** 15 Uhr Führung auf dem „Historischen Lehrpfad“ zum KZ Außenlager Walldorf, Aktionen zum Thema ZwangsarbeiterInnen. **1.8.** Tagsüber dezentrale Aktionen in der Frankfurter City gegen rassistische Kontrollen und Überwachungskameras, Infostände und „Spiele ohne Grenzen“ in verschiedenen Stadtteilen, abends am Frankfurter Hauptbahnhof ein „Attack-Kontrollraum“-Happening. **2.8.** Aktionen und Diskussion zur Residenzpflicht. **3.8.** 10-13 Uhr „Tod im Transit“ – internationales Hearing gegen Internierung und Abschiebung am Flughafen, abends Veranstaltung vom Bündnis gegen Rechts Leipzig zu Antifaschismus und Antirassismus. **4.8.** Überregionale Demonstration gegen Internierung und Abschiebung, Kundgebung im Flughafenterminal, abends Abschlussplenum.

www.aktivgegenabschiebung.de

11. Juli – weltweiter Aktionstag gegen Exxon Mobil (Esso)

BONN. Die Aktion richtet sich gegen den größten US-Konzern, der sich am klarsten gegen den Klimaschutz positioniert hat. Exxon Mobil (Esso) verteilt weiterhin Geld an Treibhaus-Skeptiker, hat Millionen für bagatellisierende Anzeigenkampagnen ausgegeben und war einer der größten Geldgeber für die Wahlkampagne von Bush. Esso hat einen verheerenden Ruf, wenn es um die Themen Menschenrechte und Umweltschutz geht. Die von Greenpeace und Friends Of The Earth unterstützten Proteste finden im Vorfeld der Weltklima-Konferenz Mitte Juli in Bonn statt. Die Forderungen an Exxon Mobil (Esso) lauten: • Unterstützung des Kyoto-Protokolls zur Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen •



Kein Engagement mehr für Ölbohrungen in arktischen Naturschutzgebieten und anderen öffentlichen Flächen • Zustimmung zu einer Untersuchung der internationalen Menschenrechtskommission und Befolgung der Kommissionsbeschlüsse • Beendigung aller neuen Ölsuchen, stattdessen Investitionen in erneuerbare Energien. www.linkeseite.de

Konferenz der Friedensbewegung beschließt Fahrplan für Kampagne

FRANKFURT A.M. Mitte Juni trafen sich in Frankfurt ca. 70 VertreterInnen von über 30 Friedensorganisationen zu einer Aktionskonferenz. Sie verständigten sich auf eine bundesweite Kampagne mit drei Schwerpunkten: 1. Der 1. September (Antikriegstag) und die im Herbst anstehenden Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag sollen dazu genutzt werden, den Skandal angeblich leerer Kassen bei gleichzeitig großzügiger Alimentierung einer Angriffsarmee öffentlich zu machen. Kamen nämlich in den 80er Jahren, also noch in der Hochzeit militärischer Blockkonfrontation, rechnerisch 1,1 Millionen DM Verteidigungsausgaben auf einen Soldaten, so sind es heute 1,4 Millionen. Die Friedensbewegung wird vor der Haushaltsabstimmung eine erste Rate ihrer Unterschriften unter den bundesweiten Appell „Kriege verhindern – Einsatzkräfte auflösen“ in Berlin überreichen. 2. Der Verfassungstag im kommenden Jahr, der 23. Mai 2002, soll dazu genutzt werden, auf die Verfassungswidrigkeit der Bundeswehrreform aufmerksam zu machen. An ausgewählten Bundeswehrstandorten der „Einsatzkräfte“ sind Aktionen geplant, nach Möglichkeit werden auch Rüstungsbetriebe einbezogen, die an der Produktion von Angriffswaffen beteiligt sind. Eine 2. Rate der Unterschriften soll dem Petitionsausschuss des Bundestags überreicht werden. 3. wird das Thema in den Bundestagswahlkampf 2002 eingebracht. Der Bundesausschuss Friedensratschlag wird hierfür rechtzeitig Wahlprüfsteine und Forderungen an Parteien vorlegen. www.uni-kassel.de/fb10/frieden

Richter verurteilt Dortmunder Initiative „Bürger beobachten den BGS“

DORTMUND. Vor fast einem Jahr beobachtete Markus B. auf dem Dortmunder Hauptbahnhof, wie BGS-Beamte nicht-deutsch aussehende Menschen kontrollierten. Dieses Vorgehen veranlasste ihn, nachzufragen, ob nach Hautfarbe kontrolliert werden würde. Mit dem Resultat, dass er auf die Wache kam und Anzeige wegen Beleidigung gestellt wurde. Die Ausgangsfrage des die jetzige Verhandlung am Dortmunder Amtsgericht leitenden Richters Jersch war: „Was hat Sie es zu interessieren, dass Ausländer kontrolliert werden? Es laufen ja schließlich genug rum, ohne Ausweis.“ Ein Zeuge gab an, er habe sich gestört ge-

fühlt, trotz Aufforderung habe der Angeklagte nicht „Luft zwischen sich und uns gebracht“. Bei der Taschenkontrolle auf der Wache habe man PDS-Aufkleber „Nazis raus aus den Köpfen“ zu Tage gefördert. Man fühlte sich vom Angeklagten beleidigt, der die Beamten ausgerechnet im Nazijargon „Ausländerjäger“ und „Waffen-SS“ genannt haben sollte. Ein weiterer Zeuge ergänzte, er habe sich seinen Eindruck vom Angeklagten im Internet gemacht, wo man von der Initiative „Bürger beobachten den BGS“, der Markus angehört, lesen könne. Allerdings bescheinigte er seinem Kollegen, sich unangemessen dem Angeklagten gegenüber verhalten zu haben. Richter Jersch begnügte sich noch nicht einmal mit der „Beweisführung“ der Staatsanwaltschaft, die auf Den-Zeugen-vom-BGS-Glauben beruhte, und das vage eingeforderte Strafmaß von 750 DM. Richter Jersch nahm die Aussage des Staatsanwalts auf, „wenn jeder Anzeige wegen des Verhaltens der BGS-Beamten machen wollte, dann wären die Kollegen nur noch hier“ und statuierte ein Exempel. Er verurteilte Markus zu 1.400 DM. Es muss richtig wehtun, denn „was hat er sich einzumischen.“ *Aus dem Bericht von Astrid Keller, MdR der Stadt, Linkes Bündnis Dortmund* www.antifaschistinnen.de

Desertiert aus allen kriegführenden Armeen! Gericht: Das ist kein Aufruf

BERLIN. Das Berliner Kammergericht hat in einem Verfahren wegen Aufruf zu Desertion die Revision der Staatsanwaltschaft Ende Juni 2001 abgewiesen. Ralf Siemens von der Berliner Kampagne war vor einem Jahr durch das Landgericht Berlin von dem Vorwurf freigesprochen worden, Soldaten der Bundeswehr zur Desertion aufzurufen zu haben. Es ging dabei um ein Plakat der Kampagne, das die Aufforderung enthielt „Desertiert aus allen kriegführenden Armeen“. Hintergrund ist die Auffassung der Kampagne, dass jeder Soldat der Bundeswehr das Recht und die Pflicht hat, völkerrechtswidrige und grundgesetzwidrige Befehle zu verweigern. Wie die Gerichte in den Vorinstanzen hat auch Richter Dr. Dietrich vom Berliner Kammergericht es abgelehnt, sich mit der alles entscheidenden Frage, der der Völkerrechtswidrigkeit des Krieges gegen Jugoslawien zu beschäftigen. Er bestätigte den Freispruch der Vorinstanz, äußerte aber Zweifel daran, dass die Soldaten den Aufruf über-

haupt als solchen hätten erkennen können. Deshalb sei die Frage, ob Soldaten mit Desertion und Befehlsverweigerung eine Straftat begangen hätten, für ihn ebenso irrelevant wie die Frage der Völkerrechtswidrigkeit. Der Freispruch ist rechtskräftig.

Im Verfahren gegen Volker Böge, der als Unterzeichner eines in der taz veröffentlichten Desertionsaufrufs verurteilt worden war, wurde die Verurteilung mit der gleichen Begründung – der Aufruf sei kein Aufruf gewesen – ebenfalls aufgehoben. Gegen Böge wird vor dem Landgericht erneut verhandelt werden.

Die Auffassung der Berliner Generalstaatsanwaltschaft, dass Soldaten auch im Falle eines rechtswidrigen Krieges die Truppe nicht verlassen dürfen, bleibt rechtlich unangetastet. *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär* www.kampagne.de/presse/

Protestaktionen bei der Hauptversammlung der Lufthansa AG

KÖLN. Mit Flugblättern und Straßentheater am Eingang der Aktionärsversammlung, Aufspannen von Transparenten während des Auftritts von Aufsichtsratsvorsitzenden und den Versuchen von kritischen Reden als Aktionäre wurde die Lufthansa mit dem Widerstand gegen ihre Abschiebehilfe konfrontiert. Parallel dazu blockierte eine 2-stündige Online-Demonstration die Webseite der Lufthansa an diesem Morgen so, dass 10 Minuten kein Zugriff auf die Seite möglich war. *Ausführliche Berichte dazu auf der Website* <http://go.to/online-demo>



Bilder von Arbeiterfotografie, Info: www.arbeiterfotografie.com



In München läuft zur Zeit der Prozeß gegen die Skindheads, die vor einigen Monaten versucht hatten, einen Griechen auf offener Straße totzuschlagen. In diesem Verfahren sind die jungen Männer aus der Türkei, die damals den Skins in die Arme fielen und das Schlimmste verhindern konnten, wichtige Zeugen. Seit damals ihre vollen Namen, Adressen und Abbildungen auf einer Internetseite erschienen, können sie nicht mehr normal leben, Sie wurden bedroht, im Betrieb gekündigt. Aber sie bleiben bei ihren Aussagen, und so kann der Prozess weitergehen. So kam heraus, daß die Burschenschaft „Danubia“ direkt nach der Tat einem der Täter Unterschlupf gewährte und in Ausland weiterhalf (s.u.). Im Stadtrat protestierten die Grünen und an der Uni der AStA. Das Landesamt für Verfassungsschutz berichtete, dass es im rechtsextremen Lager eine Strategie der Ausnutzung der Burschenschaften gibt. Die Staatsanwaltschaft redete von Ermittlungen. Aber so wie die Danuben dem Skin-Head weithelfen, finden jetzt die Danuben Unterschlupf bei der Uni-Leitung. Die die studentische Vollversammlung protestiert dagegen. Die Danuben lachen sich eins. Das alles ist möglich, weil der geistige, inhaltliche Zusammenhang zwischen den konservativen Honoratioren, den strammen Burschen und den Straßenschlägern so schwer zu fassen ist. Der der bundesweite Kongress, „Alte Herren – Neue Rechte. Schattenseiten der Universität“ den der AStA am 7. – 8. Juli 2001 in der Universität München (Leopoldstr. 13) durchführt, kann da weithelfen. Unter anderem referiert dort der renommierte Autor Dietrich Heithier über „Burschenschaften als Brutstätte einer rechten Elite“. (Programm: <http://www.stuwe.uni-muenchen.de/kongress>). (maf)

AStA München

Münchner Burschenschaften decken rassistischen Mordversuch!

Jüngst erst warnte der AStA der Uni München in einer Presseerklärung vor dem rechteextremen Potential der Burschenschaften, die in München in dem Verband AMC (Assoziation Münchner Corporationen) zusammengeschlossen sind. Der AStA forderte darin die Uni-Leitung auf, die Schaukästen, die seit 1975 kostenlos der AMC überlassen werden, abzuschaffen. Die AMC regelt übrigens „eilvernehmlich“ die Aufteilung der Schaukästen an 17 verschiedene Verbindungen, u.a. die Danubia, Teutonia und Sudetia, die alle seit langem als rechtsextrem bekannt sind.

Als sich nun herausstellte, dass Burschenschaftler nicht nur an dem Überfall auf den 31-jährigen Münchner Artemios beteiligt waren, sondern auch den Haupttäter nach dem Überfall vor der Polizei versteckt hielten, sind unsere schlimmsten Befürchtungen bei weitem übertroffen worden. Wir fordern die Universität hiermit auf, jeglichen Kontakt zu den Verbindungen abzubauen und unverzüglich deren Schaukästen zu leeren. Andernfalls wird der AStA

mit geeigneten Mitteln dafür sorgen, dass die Studierenden nicht mehr von der Propaganda der Verbindungen belästigt werden.

Die Hochschulleitung schützt die Burschenschafter

Die Hochschulleitung hat ihr wahres Gesicht gezeigt: auf der heutigen Rektoratssitzung wurde beschlossen, der For-



derung des AStA nach Abschaffung der Burschenschaftsschaukästen in der Universität nicht nachzukommen. Zwar hat

man heute die Informationen der Danuben daraus entfernt, jedoch möchte das Rektorat die restlichen Verbindungen nicht vor den Kopf stoßen. Dabei spielt es wohl eine wichtige Rolle, das in der Hochschulleitung selbst einige „Alte Herren“ sitzen, die sich immer noch nicht von den Studentenverbindungen distanzieren. Rektor Prof. Heldrich selbst war im letzten Jahr Schirmherr des 50-jährigen Bestehens des „Convent Deutscher Akademikerverbände (CDA)“ in dem u.a. die Danubia organisiert ist.

Der AStA hat daraufhin in einer spontanen Verschönerungsaktion die Schaukästen der Verbindungen mit Plakaten überklebt, die u.a. zu dem Kongress „Alte Herren – Neue Rechte. Schattenseiten der Universität“ aufrufen oder die Parole „Faschismus trägt viele Farben“ tragen.

Wir fordern das Rektorat dringend auf, sich von den Verbindungen endgültig zu distanzieren.

Manche Verbindungen möchten sich zwar von den in der Öffentlichkeit als rechtsextrem bekannten Burschenschaften distanzieren, pflegen jedoch schon immer freundschaftliche Beziehungen zu den Neonazis. Das sieht man auch daran, dass auf der Homepage der

Bündnisgrüne München

„Braunen Sumpf in München endlich trocken legen!“

München, 19.6. Die Rolle der rechtsextremen Burschenschaft Danubia, die dem Haupttäter des Skinhead-Überfalls in der Zenetti-straße am 13. Januar Unterschlupf gewährte, wird nun den Stadtrat beschäftigen.

Antrag zur dringlichen Behandlung für den Kreisverwaltungsausschuß vom 17. Juli 2001:

1. Dem Kreisverwaltungsausschuß wird ausführlich über die Rolle der Burschenschaft Danubia im Zusammenhang mit der Flucht des mutmaßlichen Haupttäters des Skinheadüberfalls vom 13. Januar diesen Jahres in der Zenetti-straße berichtet.
2. Desweiteren wird dargestellt, welche Konsequenzen es für die Danubia hat, daß eines ihrer Mitglieder die Skinhead-

Geburtstagsfeier vom 13. 1. 2001 mit organisiert hat.

3. Es wird dargelegt, welche weiteren Erkenntnisse das KVR über die Burschenschaft Danubia hat.

4. Es wird dargelegt, welche Mittel das KVR sieht, um gegen diese Burschenschaft vorzugehen.

Begründung: Wie der Presse vom heutigen Tag zu entnehmen war, hat der vermutliche Haupttäter des Skinheadüberfalls vom 13. Januar diesen Jahres im Gebäude der Danubia in Bogenhausen Unterschlupf gefunden. Die Burschenschaft Danubia ist kein unbeschriebenes Blatt: Die Burschenschaft Danubia, im Danubenhaus in der Möhlstraße 21, wurde 1848 gegründet, wiedergegründet 1949. Die Münchner Burschenschaft Danubia ist Mitglied der Deutschen Burschenschaft, wo sie zum äußersten rechten Rand gehört. 1989 findet im Danubenhaus die Gründung des (kurzlebigen)

Republikanischen Hochschulverbandes (RHV) statt, des Hochschulverbandes der Partei Die Republikaner. In der Festschrift zum 140. Stiftungsfest, 1988, heißt es: die Danubia hält eine Diskussion um die Größenordnung der Massenmorde an Juden im Nationalsozialismus für legitim, denn „die Quantität spielt gerade hier eine enorme Rolle, da sie sich unmittelbar in Qualität umsetzt.“ Die Schuld des „Dritten Reiches“ am Ausbruch des 2. Weltkrieges wird bestritten, und die Nürnberger Prozesse „können wegen der Fragwürdigkeit des Verfahrens nicht als Beweise dienen.“ (ebda.) Weiterhin heißt es in dieser Festschrift: „Der Gefahr der Nivellierung der europäischen Völker, ja der Gefahr der Verwandelung der europäischen Bevölkerung in einen kosmopolitischen Menschenbrei (womöglich in rosaroter Sauce) muß entschlossen und vorausschauend begegnet werden ...“ Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre kurzfristige Mitarbeit in der

Danubia mehrere Beiträge anderer Burschenschaftler zu lesen sind, die die Danuben beglückwünschen. Ein Autor der Jungen Freiheit macht den Faschisten mit der Parole „durchhalten!“ Mut. Die Rechten haben es schließlich nicht nötig, die Burschenschaften zu „unterwandern“, da mit der Niederlage der bürgerlichen Revolution 1848 auch die letzten Reste fortschrittlicher Ideen aus den Burschenschaften verschwanden und spätestens seit Mitte der 70er Jahre der völkisch-nationalistische Flügel in den Dachverbänden die Führung übernommen hat.

AStA, Philip Bauer, 1. Vorsitzender

Vollversammlung verurteilt Hochschulleitung

Auf der Vollversammlung der Studierenden der Universität München wurde heute folgende Resolution einstimmig verabschiedet:

Die Studierendenvollversammlung der Universität München distanziert sich scharf von jeder Form von Chauvinismus, Sexismus, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus.

Es ist offensichtlich, dass die Münchner Verbindungen, sofern sie nicht selbst dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind, doch mit rechtsextremen Verbindungen kooperieren, mit denen sie in Dachverbänden organisiert sind.

- Wir fordern ein Verbot jeglicher Aktivität studentischer Verbindungen an der Universität.
- Wir verurteilen auf Schärfste das Verhalten der Hochschulleitung und fordern sie auf, jeglichen Kontakt mit den Verbindungen abzubauen.
- Die Schaukästen der Verbindungen müssen sofort der Studierendenvertretung zur Verfügung gestellt werden.

Partei die Republikaner. Das Handbuch Deutscher Rechtsextremismus schreibt: „Die Danubia muß als rechtsextreme Kaderschmiede für den Hochschulbereich bezeichnet werden ... Ihre Mitglieder beteiligen sich an zentralen Projekten des bundesdeutschen Rechtsextremismus ...“ (S. 324)

Die Danubia veranstaltete in letzter Zeit wiederholt Veranstaltungen mit bekannten Rechtsextremisten wie Horst Mahler. Die Danubia steht traditionell am rechtsextremen Rand. (...) Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß es sehr wohl ein Zusammenwirken zwischen den verschiedenen rechtsextremen Gruppierungen in München gibt. Der Münchner Stadtrat sollte über diese Organisation genauestens informiert werden und diskutieren können, wie gegen diese Organisation vorgegangen werden kann.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa Liste, Initiative: Siegfried Benker

Demonstration „United against Burschis“ am 9.6.01 in Eisenach – Redebeitrag der Antifaschistischen Hochschulgruppe Jena

„Wir halten's mit Monty Python: Werft die Purchen zu Poden!“

EISENACH. Jena ist wie Eisenach traditionell eine Hochburg der Burschis. Überall trifft man sie. Korporierte mit ihren bunten zeitlosen Kostümen, ihren imposanten Haudegen und ihren unwiderstehlichen windschlüpfrigen Mützen (...) Aber sind Burschenschaften wirklich nur ein Männertraditionsverein mit einem schlechten Geschmack? Nach ihrer Selbsteinschätzung sehen sich Burschenschafter sehr wohl auch als politisch-konservative Vereinigung. Was konservativ dabei bedeutet, zeigt sich in ihren Veranstaltungen in Jena. Von Themen wie „Germanenstämme in Mitteleuropa“ bis zu Veranstaltungen mit führenden rechtsextremen Publizisten wie Peter Dehoust über „Wiedergutmachung und kein Ende“ ist alles dabei. Der angehende Bursche hat hier die Wahl der Qual. Ganze 5 Burschenschaften buhlen in Jena um seine Gunst. Entweder entscheidet er sich für politisches Engagement in der rechtsextremen „Normannia“, die auch keine Berührungsängste mit der NPD oder dem militanten „Thüringer Heimatschutz“ hat oder aber er belässt es beim Gehirnwegsaufen und gelegentlichen Vorträgen über unsere ach so lange und segensreiche deutsche Geschichte bei der Burschenschaft „Germania“. Egal für welche Mann sich letztendlich entscheidet, gemeinsam ist allen Burschenschaften Nationalismus, Rassismus, Sexismus und Militarismus.

Mit diesen Ismen stellen sich die Burschis in eine lange Tradition von Elitismus und Seilschaften, Männerbünde und Homophobie, Deutschnationalismus und

Stammtischparolen, Ehre, Treue, Pflicht, die ganze verschissene Obrigkeitshörigkeit, Preussen, Gloria, hurra wir sind wieder wer. Geschichtsvergessen, geschichtsbesessen basteln sie an der sogenannten „nationalen Identität“ und stehen eigentlich allem entgegen, was das Leben schön machen könnte: soziale Gleichheit, Solidarität ohne Leistungsprinzip, eine Gesellschaft ohne Rassismus, ohne Diskriminierung und den latenten Hass gegen das angeblich Fremde, ohne kapitalistische Selbstzüchtigung, ohne Volk, Staat, Vaterland. So sind die auffallenden dicken Narben im Gesicht der Burschis nicht nur hässlich, sondern auch ein Zeichen für ihre Art von Konfliktbewältigung. Wenn Ehre und Mut sich nur herstellen lassen, indem man sich gegenseitig rituell mit dem Deggen eine Narbe verpasst, spricht das doch sehr für einen Fetisch für das Militär. Gegen den Vorwurf des Sexismus verteidigen sich die Burschen gelegentlich so: „Wir sind ein reiner Männerverein. Wir wollen auch mal unter uns sein.“

Politisch bekennen sich die Burschis zu einem völkischen Revanchismus. So ist es auch nicht verwunderlich, dass für die Burschenschafter die EX-DDR zu „Mitteldeutschland“ mutiert und die bekennnisvertriebenen Jungmänner Ostpreußen und das Sudetenland zurückfordern. Alles in allem ist das mehr als ein harmloser Karnevalsverein. (...) Wir halten's mit Monty Python: Werft die Purchen zu Poden!

www.japs-jena.de/antifahg

Sie tragen die Schmisse im Gesicht, denn auf dem Hintern sieht man's nicht
Ludwig Thoma

Internet-Beitrag bei indymedia soll inkriminiert werden

Burschenschaft betreibt Anti-Antifa-Arbeit

AACHEN. Auf Betreiben der faschistischen Aachener Burschenschaft „Libertas Brunn“ hat die Anwaltskanzlei Brandner & Hentschel, Gera, in anwaltlicher Vertretung des Dr. Horst Hensel eine Unterlassungsklage gegen die Fachschaft Philosophie an der RWTH Aachen angedroht. Hensel ist Vorstandmitglied des „Verein deutsche Sprache e.V.“ (VDS) und hat bisher u.a. in der neurechten „Junge Freiheit“ publiziert. (S.a. <http://www.dir-info.de/nachrichten/info-links/01/03/0103011a4f826e.htm>)

Die „Libertas Brunn“ spielt eine herausragende Rolle in der Aachener Neonazi-Szene. Im vergangenen Jahr haben auf dem Haus der „Liberten“ u.a. die NPD-Führungskader Horst Mahler und Jürgen Schwab Vorträge gehalten. Die angedrohte Unterlassungsklage bezieht sich auf

einen Beitrag, der bei indymedia veröffentlicht worden ist und mit „Fachschaft 7/1 Aachen“ unterzeichnet war. Angegriffen wird unter anderem die Behauptung, Hensel sei „in den letzten Jahren fast ausschließlich vor ‚intellektuell-rechtsextremen‘ HörerInnen“ aufgetreten. Über die Richtigkeit dieser und der anderen angeblichen falschen Behauptungen können wir nichts sagen, eine Internet-Recherche unsererseits ergab jedenfalls keine Ergebnisse, die von der Darstellung des Beitrags bei indymedia abweichen. Juristisch wäre eine solche Unterlassungsklage allerdings so oder so unerheblich. Mal vorausgesetzt, der Beitrag bei indymedia stamme tatsächlich von der Fachschaft Philosophie (woran es für uns keinen Grund zu zweifeln gibt) – diese Fachschaft setzt sich immerhin aus

annähernd 6000 Studierenden zusammen. (...)

Um überhaupt eine juristische Bearbeitung zu ermöglichen, nennen Hensels Anwälte einen – möglicherweise sogar fiktiven – Namen eines Menschen, der den Beitrag angeblich verfaßt haben soll. An diesen Namen c/o Fachschaft richtete sich ein Schreiben der Anwälte mit der Aufforderung, eine Unterlassungserklärung zu unterzeichnen.

Weitere Schreiben der Anwälte – jeweils gleichlautend – gingen an den Dekan der Philosophischen Fakultät und den Rektor der Hochschule, jeweils mit der Bitte, „gegen diese Fachschaft einzuschreiten“. Aus diesen Schreiben geht auch per Stempel hervor, daß ein Ausdruck des Beitrags bei indymedia durch die Hände der „Libertas Brunn“ gegangen ist und später von Hensel persönlich unter der Absendekennung 02307-55109621 an die Anwälte gefaxt wurde.

Schließlich ist in allen Schreiben erwähnt, daß auch Strafanzeige erstattet wurde. Und das sehen wir als den springenden Punkt. Über diesen Weg wird es den Anti-Antifa-AktivistInnen der „Libertas Brunn“ möglicherweise per Akteneinsicht möglich sein, an Namen und Adressen von AktivistInnen der Fachschaft Philosophie zu gelangen.

Dieses schmutzige Spiel hat die Aachener Polizei vor einigen Monaten bereits schon einmal mitgespielt, als ein „Liberte“ Anzeige gegen einen Menschen erstattete, der ihn angeblich geraume Zeit vorher gegen seinen Willen gefilmt hätte. Die Polizei war tatsächlich blöd (oder kameradschaftlich?) genug, die Personalien des Beschuldigten aufzunehmen und ein Verfahren einzuleiten.

Natürlich wird auch dieser Fall nicht zu einer wie auch immer gearteten Verurteilung führen, aber ... Stichwort: Akteneinsicht. *infocafé aachen*

Farbentragenverbot aufgehoben.

Niederlage gegen Burschis

TÜBINGEN. Die Euphorie-Stimmung in Tübingen bei den Gegnern der Burschis ist vorbei, seit der Rektor der Universität Tübingen Prof. Dr. Dr. h.c. Eberhard Schaich am 11. Juni 2001 den Senatsbeschluss aus den 60er Jahren welcher das Farbentragen an der Universität (speziell am „Dies Universitatis“) untersagte, inoffiziell für niemals gültig (da verfassungswidrig) erklärte. Konnten wir uns noch über das diesjährige Verbot des Mänsingens der Burschis auf dem Tübinger Marktplatz freuen, haben unsere Bemühungen für eine farbenfreie und weltoffene Universität einen herben Rückschlag erlitten. Noch rennen keine Burschis in Vollwuchs durch die Uni, aber das wird sich sicher ändern!!

Allerdings sind Protestaktionen unseinerseits schon in Planung und werden an dieser Stelle sicherlich angekündigt.

www.de.indymedia.org/

Protest gegen Atommüllager. AUGSBURG. Über 2500 protestierten am 24. Juni gegen den geplanten Bau des Zwischenlagers in Gundremmingen (Kapazität: 192 Castorbehälter). Die Augsburger Grünen haben die Stadt in einem Antrag aufgefordert, Einwendungen gegen diesen Bau zu erheben. In der Begründung für ihren Antrag heißt es: „Der Atomabfall ist da – Ergebnis grundsätzlicher falscher Entscheidungen, die hier nicht Gegenstand dieser Einwendungen sein können und nicht auf dem Rücken Dritter „gelöst“ werden können. Da aber bei dem geplanten Lager in vielfacher Art und Weise gegen grundlegende Sicherheitsanforderungen verstoßen werden soll, die Betreiber offenbar mehrere Jahrzehnte lang Atommüll weiter produzieren wollen und die Frage eines dauerhaft verantwortbaren endgültigen Verbleibs der dortigen abgebrannten Brennelemente unbeantwortet bleibt, muss die Stadt Augsburg im Sinne einer Vorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger gegen das Atommüllager Einwendungen gegen den beabsichtigten Bau dieses Zwischenlagers erheben.“

www.gruene.de/augsburg/

Kommunaler Zuschlag auf die Einkommensteuer. BERLIN. In die neue Debatte um die Abschaffung der Gewerbesteuer hat sich am 28. Juni auch der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) eingeschaltet. Werde die Gewerbesteuer abgeschafft, könnten die Kommunen einen Zuschlag auf die Einkommensteuer erhalten, so sein Vorschlag. Zunächst sollte dieser Zuschlag nur von der Wirtschaft verlangt werden, später könne er auf alle ansässigen Bürger ausgeweitet werden. Über die Steuer habe der Bürger ein größeres Interesse, sich als Teil der Kommune zu verstehen. Dies sei wichtig, um den Wettbewerb der Regionen zu stärken. Ein Rahmengesetz könne die Belastung nach oben begrenzen, unterhalb der Grenze könnten die Kommunen den Hebesatz selber festlegen. Steuerfachleute des Verbandes erwarten, dass das Bundesfinanzministerium noch im Herbst eine Arbeitsgruppe einrichtet, die die Reform vorbereitet.

www.dihk.de, FAZ, 29. Juni 2001

Gegen Schnellschuss bei der Gewerbesteuerreform. BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund weist darauf hin, wie wichtig das Gewerbesteueraufkommen von über 50 Milliarden Mark für die Städte und Gemeinden ist. Die direkte Beteiligung der Gemeinden durch einen Zuschlag bei der Einkommensteuer ist seiner Meinung nach eine diskussionswürdige Ergänzung. Der Ersatz der Gewerbesteuer durch eine Gemeinde-Einkommensteuer mit eigenem Hebesatzrecht der Ge-

meinden dürfe aber nicht dazu führen, dass künftig die Bürger die Steuern für die Wirtschaft zahlen müssen. Das örtliche Band zwischen Wirtschaft und Kommune, das im kommunalen Hebesatzrecht zum Ausdruck kommt, müsse erhalten bleiben. Grundsätzlich wäre auch bei der Einkommensteuer ein eigenes Hebesatzrecht der Gemeinden ein Schritt in die richtige Richtung einer Direktfinanzierung, anstatt das zuvor von Bund und Ländern eingenommene Geld wieder an die Gemeinden zu geben. *www.dstgb.de*

Deutsch lernen oder Leistungskürzung. HERFORD. Das Sozialamt des Kreises Herford hat – bundesweit erstmals – Aussiedlern unter Androhung von Leistungskürzung zu Alphabetisierungskursen verpflichtet. Der Leiter des Kreis-Sozialamtes, Traugott Hägerbäumer, sah in der Drohung die einzige Möglichkeit, einen Deutschkurs für Ausländer und Aussiedler überhaupt stattfinden zu lassen, nachdem kurz vor Kursbeginn zu viele von ihnen die Teilnahme abgesagt hatten. Obwohl sich wegen der angedrohten Kürzungen der Sozialleistungen der Kurs füllte, ist dem Sozialamtsleiter bewusst, dass freiwilliges Lernen besser und effektiver als erzwungenes ist. Vor allem bei arbeitslosen Jugendlichen aus Russland steigt die Zahl der Sprachverweigerer, wie Gerd Engelking vom Schulbüro „Schule & Co“ beobachtet hat. Begründung der Jugendlichen sei häufig, dass sie nicht freiwillig in Deutschland sind, sondern nur wegen ihrer Eltern.

www.kommunale-info.de

Reps hetzen weiter gegen Flüchtlinge. STUTTGART. Die Rep-Stadtratsfraktion hat am 18.6. einen Antrag zur „Lebensmittelversorgung von Asylbewerbern“ gestellt, der zweierlei deutlich macht. Erstens plant die Stadtverwaltung offenbar eine Verschlechterung des gegenwärtigen Kontenkartensystems und zweitens wollen die Rep zurück zu den Freßpaketen. Derzeit haben die Flüchtlinge ein begrenztes Budget (Kontenkarte), bis zu dem sie sich bargeldlos aus dem Angebot der zugelassenen Lebensmittelhändler versorgen können. Da sie aber auch Dinge wollen, die im System nicht vorgesehen sind und dafür Bargeld brauchen, verkaufen sie Waren aus dem Budget an andere. Die Stadt plant nun offenbar, eine Mengengrenzung für einzelne Produkte einzuführen. Damit werden Flüchtlinge wieder eingeschränkt auf das Angebot, das im Stadtrat schon mehrfach kritisiert wurde, weil es zu wenig Frisches enthält, nicht den unterschiedlichen kulturellen Bedürfnissen gerecht wird und teilweise überteuert ist. *ulk, Kommunale Berichte Stuttgart*

Zusammenstellung: baf

Kein tiefer Einschnitt

Die Tarifparteien der baden-württembergischen Metallindustrie haben zwar noch bis Anfang Juli Bedenkzeit, aber an der Annahme des Tarifabschlusses Fort- und Weiterbildung zweifelt keiner. Die Reaktionen auf den Abschluss sind auf allen Seiten verhalten. Auch in den gewerkschaftlichen Diskussionen kommt kein Überschwang auf und sind die Erwartungen über die praktischen Auswirkungen eher zurückhaltend.

Im Mittelpunkt: jährliches Gespräch

Die zentrale Bestimmung ist die Verpflichtung zu einem jährlichen Gespräch zwischen Beschäftigten und Arbeitgeber/Vorgesetzten, in dem der Bedarf an Qualifizierung festgestellt und nötige Maßnahmen vereinbart werden sollen. Auch die Beschäftigten können hierzu Vorschläge machen. Sie sind allerdings auch zur Teilnahme an diesen Gesprächen verpflichtet. Die weitergehenden gewerkschaftlichen Forderungen nach einem Recht auf soundsoviele Tage Weiterbildung pro Jahr für alle Beschäftigten sind also nicht durchgesetzt worden.

Der Tarifvertrag definiert, was unter betrieblicher Weiterbildung zu verstehen ist: Erstens Erhaltungsqualifizierung, die die Fortentwicklung des fachlichen, methodischen und sozialen Wissens im eigenen Aufgabengebiet nachvollzieht; zweitens Anpassungsqualifizierung, die veränderte Anforderungen im eigenen Aufgabengebiet berücksichtigt; drittens Qualifizierungsmaßnahmen, die für die Übernahme einer anderen gleichwertigen oder höherwertigen Arbeitsaufgabe, z.B. beim Wegfall von Arbeitsaufgaben, nötig sind.

In jedem Fall handelt es sich also um eine strenge Koppelung der Qualifizierungsmaßnahmen an die Erfordernisse des jeweiligen Unternehmens. Individuelle Wünsche von Beschäftigten, die sich mit den aktuellen Anforderungen des Unternehmens nicht decken, fallen durch das Raster dieser Definitionen.

Die Kosten für die so definierten Qualifizierungsmaßnahmen tragen die Unternehmen. Das war so nicht sicher. Immer wieder fordert die Arbeitgeberseite, dass die Beschäftigten sich – beispielsweise durch Verrechnung von Zeitkonten – an den Kosten beteiligen. Und häufig läuft es betrieblich auch auf eine solche Mischfinanzierung hinaus. Auch die IG Metall bietet z.B. bei den laufenden VW-Tarifverhandlungen („5000 neue Arbeitsplätze zu 5000 DM“) als Alternative zu Arbeitszeitverlängerungen Weiterbildung in der Freizeit an. In den baden-württembergischen Tarif haben diese Entwicklungen also nicht Eingang gefunden.

Praktisch wird es Streit geben, welche Qualifizierungsmaßnahmen nun betrieblich „nötig“ sind oder nicht. Zum

Beispiel bei den Englischkursen, die gegenwärtig in Mode sind: Die Unternehmensleitungen werden sie häufig als „Privatsache“ abtun wollen, die Beschäftigten reklamieren ein betriebliches Erfordernis, weil sie zunehmend mit ausländischen Kunden zu tun haben und deshalb Dokumente in Englisch verstehen müssen, die Maschinen im Ausland aufstellen, in Betrieb nehmen und instandhalten müssen usw.

Bis zum Schluss umstritten war die gewerkschaftliche Forderung nach Qualifizierungsmaßnahmen für An- und Ungerlernte. Im Ergebnis wird die Aufgabe vage den Betriebsparteien zugeschoben: Arbeitgeber und Betriebsrat „sollen“, und zwar „nach Möglichkeit und Notwendigkeit“, entsprechende Programme vereinbaren. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass Unternehmensleitungen diese „Möglichkeit und Notwendigkeit“ häufig bestreiten werden. Ähnlich problematisch ist die besondere Regelung für die Beschäftigten in Fließ-, Fließband und taktgebundener Tätigkeit. Sie sind bei der Besetzung anderer Aufgaben bei gleicher Eignung vorrangig zu berücksichtigen. Das mag in Einzelfällen des Wegbewerben vom Fließband unterstützen, ein Eingriff in die Arbeitsorganisation selber ist damit aber nicht verbunden. Und selbst die Möglichkeit der erleichterten Versetzung ist von vornherein eingeschränkt: Wenn der Arbeitgeber geltend machen kann, dass er die Fließarbeit durch Mehrtaktarbeit, Gruppenarbeit, Job-Rotation usw. „angereichert“ hat, entfällt das Recht auf die vorrangige Berücksichtigung bei einer Versetzung. Im Zweifelsfall dürften die Managementkonzepte der vergangenen Jahre (schlanke Produktion, Gruppenarbeit, Selbstprüfung, Qualitätszirkel, Kontinuierlicher Verbesserungsprozess ...) meistens zu einer solchen „Anreicherung“ geführt haben, die bei den Beschäftigten freilich oft nicht als Erleichterung, sondern als zusätzliche Belastung ankommt.

Wenn sich nun Arbeitgeber und Beschäftigte im Qualifizierungsgespräch nicht einigen? Dann soll in Betrieben bis zu 300 Beschäftigten zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat eine Einigung gesucht werden, bei mehr als 300 Beschäftigten über eine paritätische Kommission. Kommt es auch in diesem erweiterten Rahmen nicht zu einer Lösung, ent-

scheidet ein externer Vertreter einer neu zu schaffenden „Agentur zur Förderung der beruflichen Weiterbildung“.

Eine weitere Regelung betrifft die persönlich motivierte Weiterbildung in Form von Meister- oder Technikerschule. Hier werden es die (häufig jüngeren) Teilnehmer als eine Erleichterung empfinden, dass sie (nach fünf Jahren Betriebszugehörigkeit) jetzt eine Wiedereinstellung nach Abschluss der Maßnahme garantiert kriegen. Das war bisher tariflich und oft auch betrieblich nicht der Fall.

Und insgesamt?

Die Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall hatte sich die Sache wahrscheinlich einfacher vorgestellt und auf Rückenwind aus aktuellen Entwicklungen gehofft: Hatte nicht das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit beim Kanzler zu mehr Fort- und Weiterbildung, auch mit tariflichen Regelungen, aufgerufen? Und fordern nicht auch immer mehr (Auto-)Konzerne von ihren Zulieferern, dass diese die Qualifizierung ihrer Beschäftigten betreiben und dokumentieren? Tatsächlich wollten aber die Unternehmensleitungen die Entscheidung, wer wann wie qualifiziert wird, nicht aus der Hand geben und daher kein einklagbares Recht der Beschäftigten zulassen. Deshalb wird sich wohl nicht so viel an der Situation ändern, dass Qualifizierungsmaßnahmen unterschiedlich je nach Betriebsgröße und Branche und in den Betrieben je nach Stellung in der betrieblichen Hierarchie gewährt bzw. verweigert werden. Und es setzt sich leider auch die Tendenz fort, dass an kritischen Punkten, wo tarifliche Rechte nicht ausreichend stark ausfallen, im Fall des Falles die Betriebsräte die Sache richten sollen.

In dieser Tariffbewegung sollte eigentlich auch ein Einstieg in einen neuen gemeinsamen Entgeltrahmentarif für Arbeiter und Angestellte geschafft werden über neue Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei der Leistungsabforderung und ein Reklamationsrecht der Beschäftigten gegen Leistungsüberforderung. Diese Forderungen haben die Unternehmer vollständig abgewehrt. Die Nagelprobe für einen neuen Entgeltrahmen, der tatsächlich für die Zukunft der tariflichen Einkommens- und Leistungsgestaltung grundlegend ist, steht damit weiter aus. (rok)



Walmart – auch in der BRD gewerkschaftsfrei?

Die Beschäftigten bei Walmart bereiten sich gegenwärtig darauf vor, den US-Konzern Walmart zu einem Anerkennungstarifvertrag zu zwingen. Der Konzern war nach der Übernahme von Spar- und Metro-Märkten in der BRD nicht in den Arbeitgeberverband eingetreten. Er erklärte zwar, den Tarifvertrag einzuhalten, aber solche Erklärungen haben keine Rechtswirkung.

In den USA ist Walmart bei den Gewerkschaften nicht beliebt. Die Einkommen sind dort so niedrig, daß viele Walmart-Beschäftigte Anspruch auf Lebensmittelmärkten der staatlichen Fürsorge haben – ein Ergebnis der Politik des Konzerns, auf keinen Fall Gewerkschaften zu dulden.

Um die Organisierung von Gewerkschaftsmitgliedern zu verhindern, hat Walmart ein Handbuch herausgegeben: „Wie bleiben wir gewerkschaftsfrei? Handbuch für das Management“.

Ergänzend dazu hat Walmart eine hotline eingerichtet, über die alle Vorfälle gemeldet werden müssen, die vielleicht Gewerkschaftsaktivitäten sein könnten. Z.B. muß gemeldet werden, wenn kritische Fragen auf Mitarbeiterversammlungen gestellt werden, Beschäftigte sich privat treffen oder auf dem Parkplatz miteinander reden. Im Handbuch werden „frühe Warnzeichen der Kategorie 1 bis 3“ beschrieben, darunter z.B. „erhöhte Neugier bezüglich betrieblicher Sozialleistungen, Mitarbeiter/Innen gebrauchen gewerkschaftliche Begriffe wie Schlichtung, Beschwerde oder Dauer der Betriebszugehörigkeit“.

Alles muß sofort mit Angabe der Namen an die Gewerkschaftshotline berichtet werden.

Walmart unterbindet im frühesten Stadium Gewerkschaftsaktivitäten. In den USA müssen 30 Prozent der Beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder sein, damit ein Antrag beim National Labor Relations Board um eine Wahl im Betrieb gestellt werden kann. Da dies oft Monate dauert, versucht die Gewerkschaft 50 Prozent der Beschäftigten zu organisieren, dann kann sie ohne Wahl als Vertretung anerkannt werden.

Die Gewerkschaft hat in den USA gemeinsam mit sozialen Gruppen eine Kampagne „bad neighbour“ (Schlechter Nachbar) durchgeführt.

Es kann gut passieren daß ver.di eine ähnliche Kampagne hier durchführen muß, denn Walmart ist gegenwärtig nicht bereit, einen Anerkennungstarifvertrag zu verhandeln und vielleicht reichen bei diesem Konzern nicht die traditionellen Mittel aus.

Dagmar Rüdenburg, ver.di

Vergabegesetz im Land dringend notwendig!

STUTTGART. Auf Initiative der CDU hat die Gemeinderatsmehrheit von CDU, F.D.P. und Freien Wählern, den Verkehrsbetrieben (der SSB) eine intensive Zusammenarbeit mit den Verkehrsbetrieben Karlsruhe verweigert. Begründung der bürgerlichen Mehrheit: die SSB sei noch nicht wettbewerbsfähig. Gegen diese Entscheidung wendet sich der DGB Region Stuttgart in einer Pressemitteilung.

„Mit diesem kleingeistigen und zögerlichen Verhalten“, so der DGB-Regionalvorsitzende Wolfgang Brach, „verhindern diese Kommunalpolitiker, dass eine starke Allianz von Nahverkehrsanbietern geschaffen wird.“

Nachdem die französische Connex-Gruppe in Form der ehemaligen WEG bereits vor der Stuttgarter Haustüre steht und sich als Nahverkehrsanbieter schon jetzt als massive Konkurrenz etabliert und profiliert, wäre es angesagt, hier vorausschauend zu denken und zu handeln.

Die Karlsruher Verkehrsbetriebe sind sicherlich ein Partner, der in den vergangenen Jahren immer wieder Weitblick bei seinen Entscheidungen und seinen Investition

tionen und der damit verbundenen Umsetzungen bewiesen hat und somit sehr gut in das Bild innovativer Verkehrskonzepte, wie es die Region Stuttgart und auch die Landeshauptstadt Stuttgart immer wieder für sich in Anspruch nimmt, passen würde.

Die Erfahrung zeigt, dass bei manchem Unternehmen, das mit der eigenen Stärke liebäugelt, so wie es die Gemeinderatskoalition gerne hätte, zu lange gewartet wurde, um attraktive Partner zu finden. Die Leidtragenden, auch das zeigen die Erfahrungen der Gewerkschaften, waren dann meistens die Beschäftigten und deren Arbeitsplätze. Im Übrigen geht der DGB Region Stuttgart davon aus, dass es sich bei der SSB durchaus um ein wettbewerbsfähiges Unternehmen handelt, wie sonst wären die Karlsruher Verkehrsbetriebe bereit, eine Partnerschaft mit der SSB einzugehen.

„Viel wichtiger wäre es“, so Brach, „ein sinnvolles Vergabegesetz gerade auch in Baden-Württemberg durchzusetzen.“

PE-DGB-Region Stuttgart,
Wolfgang Brach

Region Hannover

Ein Tarifvertrag der vor Privatisierung schützt!

Aus den Gebietskörperschaften Landeshauptstadt Hannover (LHH), Landkreis Hannover (LKH) und Kommunalen Großraumverband Hannover (KGH) wird am 1.11.2001 die Region Hannover gebildet. Der Landkreis Hannover und der Kommunale Großraumverband Hannover werden aufgelöst, die Landeshauptstadt Hannover wird zu einer regionsangehörigen Gemeinde mit dem Status einer kreisfreien Stadt. Wesentliches Ziel dieser Gebietsreform ist die „Effizienzsteigerung und Verschlankung der Verwaltung“ (Gelbes Papier). Siegfried Frohner, Verbandsdirektor des KGH (Vorsitz) sagte den Abbau jeder vierten Stelle in der Regionalverwaltung für den Zeitraum der nächsten fünf Jahre voraus.

Auf den Abfallwirtschaftsbetrieb kamen zusätzliche Probleme zu. Während die Landeshauptstadt Hannover Abfallwirtschaft und Straßenreinigung erfolgreich in Eigenregie unter einem Dach betreibt, schreibt das Regionsgesetz die Straßenreinigung den Gemeinden, die Abfallwirtschaft aber der Gebietskörperschaft Region zu. Damit stand die Zerschlagung des Abfallwirtschaftsbetriebs auf der Tagesordnung. Da der Landkreis Hannover seinen Abfallwirtschaftsbetrieb als GmbH führt, drohte bei einer Zusammenlegung der Abfallwirtschaftsbetriebe unter dem Dach der Region auch für die städtischen Beschäftigten die Privatisierung.

Unter dem Dach Region Hannover sollen auch die kommunalen Krankenhäuser der Landeshauptstadt Hannover und des Landkreises Hannover zusammengefasst werden. Da der Landkreis die Krankenhäuser als Regiebetriebe führt, die Landeshauptstadt Hannover das Klinikum aber als Eigenbetrieb, stand auch die Rechtsform der Krankenhäuser bei einer Zusammenführung zur Disposition. Der Leitende Direktor des Klinikums, Prof. Schmid, wollte die Gunst der Stunde nutzen, und brachte die GmbH als „geeignetste Rechtsform“ für die Regionskrankenhäuser ins Gespräch.

Die Gewerkschaften ÖTV und DAG verlangten einen Tarifvertrag, der Besitz- und Rechtsstände absichern, betriebsbedingte Kündigungen und Privatisierungen ausschließen sollte. Der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) Niedersachsen lehnte einen solchen Tarifvertrag strikt ab. Erst nach einer Kundgebung von knapp 2000 Beschäftigten des Abfallwirtschaftsbetriebs und des Klinikums vor der Staatskanzlei gab der KAV vor knapp einem Jahr seinen Widerstand gegen Verhandlungen über einen Tarifvertrag aus Anlass der Bildung der Region Hannover auf.

Die Verhandlungen wurden im Herbst 2000 aufgenommen. Nach Auffassung der Arbeitgeber sollten sich die Inhalte des Tarifvertrages auf Selbstverständlichkeiten beschränken, ein Verzicht auf be-

triebsbedingte Kündigungen sollte nur für zwei Jahre garantiert werden und einen Verzicht auf Privatisierungen wiesen die Arbeitgeber als nicht tarifierbar zurück, weil damit in die unternehmerische Freiheit eingegriffen würde. Daraufhin verlangten die Gewerkschaften den Abschluss betriebsbedingter Kündigungen auch für den Fall, dass ein Arbeitnehmer dem Übergang seines Arbeitsverhältnisses auf einen Arbeitgeber in privater Rechtsform widerspricht. Eine solche Vereinbarung wiesen die Arbeitgeber als Verhinderung von Privatisierung durch die Hintertür zurück. Die Gewerkschaften erklärten, dass sie Privatisierungen auch verhindern wollten, die jetzt vorgeschlagene Formulierung aber tarifvertragsfähig sei. Damit waren die Verhandlungen an einem Punkt angekommen, wo am Verhandlungstisch nichts mehr zu bewegen war.

ÖTV und DAG in ver.di riefen deshalb im Hinblick auf die Verhandlungen am 22. Mai 2001 zum Warnstreik auf. Am 21. Mai legten Beschäftigte in fünf der sechs Landkreis-Krankenhäuser rund um Hannover für ein bis zwei Stunden die Arbeit nieder und am 22. Mai blockierten 300 Fahrzeuge der Abfallwirtschaftsbetriebe aus Stadt und Landkreis Hannover die Hildesheimer Straße vor der Landkreisverwaltung. Über dreitausend Beschäftigte versammelten sich zu einer beeindruckenden Kundgebung.



In zähen Verhandlungen kam es daraufhin kurz vor Mitternacht zum Durchbruch. Die Arbeitgeber mussten im Tarifvertrag bis 2008 auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten, auch für den Fall, dass ein Beschäftigter dem Übergang seines Arbeitsverhältnisses auf einen Arbeitgeber in privater Rechtsform widerspricht. Faktisch sind damit Privatisierungsmaßnahmen und Rechtsformwechsel für die nächsten 8 Jahre ausgeschlossen, sonstige betriebsbedingte Kündigungen sind für 10 Jahre ausgeschlossen. Durch weitere umfangreiche Regelungen ist sichergestellt, dass niemand bei Übergang seines Arbeitsverhältnisses auf die Region Hannover schlechter gestellt ist als zuvor und erworbene Anwartschaften auf Bewährungsaufstiege etc. voll erhalten bleiben. Damit konnte sich ver.di ohne Abstriche gegen die Arbeitgeber durchsetzen. (kar)

Chemie-Arbeitgeber für Flächentarif.

– HB, Freitag/Samstag, 8./9.6. 2001. – Der DGB fordert ein Verbandsklagerecht gegen Betriebe, die Tarifverträge nicht einhalten. Schützenhilfe erhielten die Gewerkschaften vom Verband der Chemie-Arbeitgeber BAVC. Dieser veröffentlichte eine Emnid-Umfrage, wonach mehr als 60 % der Bundesbürger das bisherige Tarifsystem befürworteten. 23 % sahen keinen Änderungsbedarf, 39 % sprachen sich für „nach Bedarf“ flexible Regelungen aus, nur 7 % wollen, dass Unternehmen künftig direkt mit ihren Beschäftigten verhandeln.

Wirtschaftsverbände warnen vor PDS.

– HB, Freitag/Samstag, 15./16.6. 2001. – „Jede Partei, die Enteignungen fordert, ist ein Verhängnis“, so BDI-Chef L. von Wartenberg. (Er spielte auf eine Äußerung von D. Dehm an, der als Fernziel die Vergesellschaftung von Großunternehmen wie der Deutschen Bank oder BMW gefordert hatte.) „Für Unternehmen bedeutet das geplante SPD-PDS-Bündnis in Berlin Unsicherheit und Investitionsbremse“ warnte der DIHT-Präsident L. G. Braun. Denn trotz gegenteiliger Beteuerung bleibe die PDS „sozialistischem Denken verhaftet: keine Privatisierung, mehr Staatsausgaben und Sozialgeschenke“. Deneben erinnerte Braun an die „unternehmensfeindliche“ Absicht der PDS, Vermögen- und Erbschaftsteuer zu erhöhen. Gelassen reagierte der seit 1997 in Berlin engagierte US-Energiekonzern Mirnat, der aktiv für US-Investoren für Berlin wirbt: Man arbeite weltweit mit Regierung jeder Couleur zusammen, meinte ein Sprecher, und der Geschäftsführer der deutsch-britischen Handelskammer in London, U. Hoppe, kann sich „keinen Einfluss auf die Attraktivität des Standortes Berlin“ vorstellen.

Wirtschaft als „Impulsgeber“ des Bildungswesens.

– Deutschland ist in der Bildung Entwicklungsland, so der neue OECD-Bildungsbericht. H.-J. Brackmann, Bildungsexperte der BDA, spricht davon, dass nun die Erkenntnis gereift sei, man dürfe die Politik mit dem Thema Bildung nicht alleine lassen. „Vor einem Jahr startete die BDA mit einer Bildungskampagne zu Themen wie Wirtschaft als Schulfach oder Fortbildung für Lehrer in den Ferien. Die Resonanz auf die Kampagne sei insgesamt sehr gut. J. Kluge, Direktor bei McKinsey, meint, nachdem die Firmen den Akademikermangel verschuldet haben, da sie die Abiturienten mit negativen Signalen in den 90ern von einem Ingenieurstudium abschreckten, müsse nun antizyklisch geplant werden.“

Neuer Hauptgeschäftsführer beim Industrie- und Handelstag (DIHT).

– HB, Freitag/Samstag, 22./23.6.2001. – Der Nachfolger von DIHT-Hauptgeschäftsführer F. Schoser ist nun M. Wansleben. Der gelernte Volkswirt hat über die Flexibilisierung der Lohnpolitik promoviert.

Rabattgesetz ersatzlos gestrichen?

– HB, Dienstag, 26.6. 2001. – In der Anhörung im Bundestag forderten der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE), der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und der Zentralverband Gewerblicher Verbundgruppen, dass in anderen Wettbewerbsgesetzen nach der Streichung des Rabattgesetzes Auffangregelungen geschaffen werden müssten. Vor allem müsse durch eine Ergänzung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen „die gewaltige Sogwirkung von Kundenbindungssystemen“ im Handel eingegrenzt werden, forderte S. Schneider, der stellvertretende HDE-Hauptgeschäftsführer. Der DIHT betonte ebenso wie der Bundesverband Groß- und Außenhandel (BGA), zu einer ersatzlosen Aufhebung des Rabattgesetzes gebe es keine Alternative, wenn man eine Diskriminierung deutscher Unternehmen vermeiden wolle.

Biotechnologie-Firmen fordern neue Konsensrunde.

– Nachdem das Unternehmen KWS seinen Antrag auf die Sortenzulassung des Gen-Mais „Arturis“ zurückgezogen hat, sei jetzt die Politik wieder am Zug mit der Wiederaufnahme der Konsensgespräche über die Nutzung der Gentechnik in der Landwirtschaft, so J. Katz, Geschäftsführer der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie (DIB).

Auslaufen des Solidaritätszuschlags von BDI erwünscht.

– BDI-Präsident M. Rogowski nannte die Fortsetzung des Solidarpaktes mit Ostdeutschland einen teuren Kompromiss. Wünschenswert wäre die Anpassung durch degressive Ausgestaltung der Transferleistungen schneller zu vollziehen.

Emissionshandelsregelungen der EU stoßen auf BDI-Kritik.

– HB, Donnerstag, 28.6. 2001. – BDI-Hauptgeschäftsführer L. v. Wartenberg tritt Plänen der EU zum Emissionshandel entgegen, mittels derer Erwerb und Verkauf von Verschmutzungsrechten im Rahmen der Klimaschutzvereinbarungen geregelt werden sollen. Der Entwurf ermögliche es, den industriellen Sektor „nach Belieben“ zur Emissionsreduktion heranzuziehen.

Presseauswertung: rst



Eine zielgerichtete und offene Debatte für eine zukunftsfähige Linke

Eine weitere Stellungnahme in der PDS-Programmdiskussion liegt vor. Sie wurde unterzeichnet von:

Joachim Bischoff, Redakteur der Zeitschrift Sozialismus; Uwe Hiks, MdB, Sprecher PDS-Landesverband Bayern; Sylvia-Yvonne Kaufmann, Mitglied des Parteivorstandes, MdEP; Ulla Lötzer, MdB, Mitglied der Programmkommission; Rouzbeh Taheri, Mitglied

des Parteivorstandes; Halina Wawzyniak, Mitglied der Programmkommission; Harald Werner, Mitglied des Parteivorstandes.

Wir sind davon überzeugt, dass die PDS ihre Programmdebatte nutzen kann, um ihre politischen Perspektiven zu präzisieren, die Diskussion über die Zukunft des Sozialismus voranzubringen und ihr öffentliches Profil zu schärfen. Es wäre

jedoch wenig förderlich, wenn diese Debatte zur Verfestigung innerparteilicher Lager führt, die eigentlich nur noch in der Außensicht der Partei existieren. Wir möchten erreichen, dass – durch welche Seite auch immer – auf dem Dresdner Parteitag keine Richtungsentscheidung durchgesetzt oder auch nur vorbereitet wird.

Der im Auftrag der Parteivorsitzenden ausgearbeitete Entwurf ist eine nützli-

IN UND BEI
DER PDS

Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED unwiderruflich befreit

Erklärung des Parteivorstandes der PDS zum 13. August 2001

Die Mauer wirft noch immer Schatten

Kein Ereignis der Nachkriegsgeschichte hat die Deutschen und vor allem die Berlinerinnen und Berliner in Ost und West so traumatisch begleitet wie der Bau der Mauer am 13. August 1961. Die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges vollzogene Teilung Deutschlands wurde wortwörtlich zementiert. Das inhumane Grenzregime, die Toten an der Mauer und den anderen Westgrenzen, wurde zum Kainsmal der DDR und des Ostblocks. Mit der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 fand die Blockkonfrontation ihr Ende, wurde das Tor zur deutschen Einigung und zur Überwindung der bipolaren Nachkriegsordnung aufgestoßen.

Zu Recht werden wir in diesen Tagen nach unserem Verhältnis zum 13. August 1961 und zum 17. Juni 1953 gefragt. So wie wir vor einigen Wochen nach unserer heutigen Position zur Vereinigung von KPD und SPD im Jahr 1946 gefragt wurden.

Die Geschichtsdebatte begleitet die PDS seit ihrem Bruch mit der SED im Dezember 1989. An unseren Antworten zu Fragen der Geschichte wollen und sollen die Menschen ersehen, inwieweit wir uns von der SED-Vergangenheit gelöst haben und zu einer kritisch mit der eigenen Geschichte umgehenden, demokratisch und rechtsstaatlich verlässlichen Partei entwickelt haben.

Geschichtsdebatten dürfen keine kurzatmigen Manöver zum parteitaktischen Vorteil sein. Die immer wieder an die PDS herangetragene Aufforderung zur Entschuldigung für das von der SED begangene Unrecht verfolgt allerdings genau dieses taktische Kalkül: indem sich die PDS entschuldigte, bezeugte sie

ihre vermeintliche Kontinuität als SED – indem sie es nicht täte, um so mehr.

Tatsächlich geht es einerseits um die historische Aufarbeitung und andererseits um die deutliche politische Wertung aufgrund heutiger Erfahrungen und Erkenntnisse. Dabei fallen Biographien, historische Erklärung und politische Wertung nie unmittelbar zusammen.

Den 13. August 1961 aus der Geschichte zu erklären, darf nicht heißen, die Mauer politisch oder moralisch zu rechtfertigen

Der Parteivorstand hat mit Interesse die Thesen der Historischen Kommission aus Anlass des 40. Jahrestages des 13. August 1961 zur Kenntnis genommen.

Darin werden sehr detailliert historische Umstände und Folgen des Mauerbaus dargestellt. Die Schließung der Sektorengrenze zu West-Berlin am 13. August 1961 lag in der Logik der damaligen weltpolitischen Entwicklungen. Die Mauer war die Antwort auf den drohenden Exodus der DDR und entsprach dem in der Berlin-Krise gefundenen Arrangement der Großmächte über die anhaltende Aufteilung der Welt bei Vermeidung eines neuen Weltkrieges. Der 13. August 1961 setzte den Schlussstein unter die Nachkriegsordnung und verfestigte die im Resultat des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieges eingeleitete Aufteilung der Welt. Sie sicherte der Sowjetunion ihre Einflussphäre bis nach Deutschland hinein, und schützte sie nach ihrem Verständnis vor einem erneuten deutschen Überfall wie im Jahre 1941.

Die Tatsachen, dass Konrad Adenauer lieber „das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb“ begehrte, dass es zweifellos vom Westen her damals eine propagandistische und ökonomische Offensive gegen die DDR gab, taugen schon deshalb nicht zur Rechtfertigung der Mauer, weil es keine logische Begründung dafür gibt, dass ein kapitalistischer Staat verpflichtet sein könnte, einem sich sozialistisch nennenden zu hel-

fen und nicht ihn zu bekämpfen.

Der Mauerbau war der in Beton gegossene Nachweis der Unterlegenheit des stalinistisch geprägten Sozialismustyps in der DDR gegenüber dem realen damaligen Kapitalismustyp in der Bundesrepublik.

Was sich der Westen vorwerfen lassen muss, ist vor allem die Tatsache, dass er keine Verständigung in der festgefahrenen Deutschlandpolitik zustande brachte und nicht bereit war, die Realität der DDR vor dem Mauerbau, sondern erst durch ihn und nach ihm anzuerkennen. Die von Willy Brandt eingeleitete Entspannungspolitik, der Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten sowie das Abkommen von Helsinki hatten damit zu tun, dass der Westen der Mauerrealität nicht mehr ausweichen konnte.

Tatsache ist jedoch:

Die Errichtung der Berliner Mauer war keine Lösung, um die Existenz der DDR zu retten. Internationale Konflikteindämmung und Machterhalt der SED-Führung erfolgten auf Kosten der Freiheit der eingemauerten Bevölkerung der DDR.

Als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten und mit dem Blick auf das endgültige Scheitern des Staatssozialismus können wir den damaligen Rettungsversuch der DDR durch die Mauer nicht rechtfertigen. Die Logik des Kalten Krieges ist nicht die Logik demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten, denn der Preis für diese Art der Rettung der DDR war die endlos aufgeschobene und nie eingelöste Demokratisierung der Gesellschaft, die Akzeptanz und Gewöhnung an beachtliche Einschränkungen individueller Freiheitsrechte.

Die Mauer war weder demokratisch noch sozialistisch

Unterstellt, dass 1961 in Berlin nicht nur über und schon gar nicht allein durch die DDR entschieden wurde, unterstellt, dass seinerzeit nicht nur eine weitere

che Orientierungshilfe für die Debatte, aber er würde sie einengen, wenn ihm bereits auf dem Dresdner Parteitag der Charakter einer richtungsweisenden Beschlussvorlage gegeben würde. Wobei die Auffassung der Autoren, dass es sich um ein Programm des libertären Sozialismus handelt, von vornherein auf eine Richtungsentscheidung zielt. Wir setzen uns entschieden dafür ein, dass der Parteitag eine solche Entscheidung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht fällt.

Auch wir sind überzeugt, dass die liberalen Momente des Marxismus im künftigen Programm ihren Platz finden müssen, um den unumkehrbaren Bruch mit Stalinismus und autoritärem Sozialismus deutlich zu machen. Doch libertärer Sozialismus ist mehr, er leitet seine Politik aus einem ebenso unhistorischen

wie abstrakten Verständnis individueller Freiheiten ab.

Diese Argumentationsweise prägt den gesamten Entwurf. Zunächst dadurch, dass er mit abstrakten Zielen oder Werten beginnt und die sozialistische Perspektive nicht aus den Widersprüchen des modernen Kapitalismus, sondern aus unhinterfragten Idealen ableitet. Selbst wenn es die Autoren nicht gewollt haben, setzen sie damit die Ziele ihres Entwurfs der freien Interpretation des Zeitgeistes aus. Dies scheint uns insbesondere deshalb möglich, weil sich ihre Argumentationsweise mitunter bis zur Begriffswahl an das Schröder-Blair-Papier und andere programmatische Schriften der neuen Sozialdemokratie annähert.

Diese Kritik übersieht nicht, dass der Entwurf viele richtige Forderungen und

Analysepunkte enthält, die für das neue Parteiprogramm erhalten bleiben müssen. Weil sie aber im Widerspruch zu anderen Teilen stehen und deshalb eine gewisse Beliebigkeit in den Text bringen, kann der Entwurf nur als eine der Debatte dienende Orientierung gelten.

Der als Alternative angebotene Gegenentwurf geht zunächst sehr viel stärker von den realen Gegebenheiten aus und scheint radikaler in seiner Kapitalismuskritik, wie in seinen praktischen Schlussfolgerungen. Dabei bleibt er aber nicht nur überholten Sprachformen verhaftet, sondern der gegenwärtige Kapitalismus wird als wenig veränderte Gesellschaftsformation präsentiert, wo es doch um das Verständnis der grundlegenden Umbrüche gehen müsste.

An ausgewählten Beispielen soll ver-

Ausreisewelle die DDR belastete, sondern ein System-Krieg noch immer politisch-strategisch als denkbar galt – ist aus demokratisch-sozialistischer Sicht nicht zu verstehen, dass nicht wenigstens nach dem Mauerbau auch von östlicher Seite offensiv Politik gegen die Mauer gemacht wurde.

Statt alles zu tun, die inhumane Mauer schnellstmöglich wieder abzubauen, hat die SED die eigenen zaghaften Reformbemühungen bald wieder eingestellt, enthielt sie der DDR-Bevölkerung den Vergleich der Gesellschaftssysteme durch eigene Anschauung der Welt vor, gewöhnte sie sich daran, nur in der eigenen Welt zu leben, richtete sie sich im Schatten der Mauer ein. Statt das Bedauern über die Einschränkungen zu bekunden, wurde der Mauerbau als Sieg gefeiert, wurde versucht die Mauer zu verewigen.

Der permanente Ausnahmezustand an den Grenzen und der Ausbau der Grenzsicherungsanlagen in den darauf folgenden Jahrzehnten entsprach auch und vor allem der Logik des Machtverständnisses und der Sicherheitsdoktrin der Führungen von KPdSU und SED.

Die Mauer verfestigte den Kalten Krieg insbesondere nach innen. Auch die letzte Chance, die Mauer im Rahmen des KSZE-Prozesses der 70er und 80er Jahre loszuwerden, verspielte die SED-Führung. Der Sozialismus in den Mauern der DDR verlor auch für Linke jede Anziehungskraft.

Als im Sommer 1989 Hunderttausende die DDR verließen, hatte Erich Honecker gerade den vielzitierten Satz gesprochen: „Die Mauer wird in 50 Jahren und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind.“ Er sprach ihn in Richtung Westen, doch im Osten entfaltete er seine Wirkung.

An der bitteren Einsicht, dass der Staatssozialismus in der DDR am Ende war, als die Mauer gebaut wurde und es kein Konzept zu ihrer Überwindung

gab, führt kein Weg vorbei. Die Bevölkerung der DDR war zum Bau der Mauer und zu ihrer Fortexistenz nie gefragt worden. Die Mauer wurde so zum Symbol des Demokratiedefizits in der DDR. Bürgerrechte, wie Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und Reisefreiheit, waren zentrale Forderungen der späten 80er Jahre an eine DDR, die sich demokratisieren sollte. Dass in diesem Kontext die Mauer friedlich fiel und dass es in diesem historischen Moment keine verzweifelte letzte Staats-Gewalt gab, bleibt ein breit getragenes demokratisches Merk-Mal. Als die Grenzen geöffnet waren, wählten die Menschen den bis dahin gekannten Sozialismus ab.

Sozialismus gedeiht eben nicht als Befehlssystem, nicht unter Bajonetten, nicht im Schatten von Panzern, nicht hinter Mauern. Ein Staat, der sein Volk einsperrt, ist weder demokratisch noch sozialistisch. Was immer die konkreten, historischen Umstände waren, die zu dem Ereignis am 13. August 1961 führten – diese Lehre ist für die PDS unumstößlich.

Kein Staat darf seine Bürgerinnen und Bürger zwingen in ihm zu leben, wenn sie es nicht wollen. Jede und Jeder hat nur ein Leben und muss selbstbestimmt entscheiden können, wo sie oder er es verbringt.

Es gibt keine Rechtfertigung für die Toten an der Mauer

Kein Ideal und kein höherer Zweck kann das mit der Mauer verbundene Unrecht, die systematische Einschränkung der Freizügigkeit und die Gefahr für Freiheit sowie an Leib und Leben, beim Versuch das Land dennoch verlassen zu wollen, politisch rechtfertigen. Auch wegen historischer Umstände vorgenommene Menschenrechtsverletzungen bleiben elementare Menschenrechtsverletzungen.

Am 40. Jahrestag des 13. August 1961 gilt deshalb unser Gedenken den an der deutsch-deutschen Grenze zu Tode Ge-

kommenen, den Verletzten, den Inhaftierten und von Repressalien Betroffenen sowie ihren Angehörigen. Wir bedauern das von der SED als der dafür verantwortlichen politischen Kraft ausgegangene Unrecht. Das Schicksal der Opfer und die Einschränkungen der Würde und der Lebenswege vieler Menschen berühren uns tief.

Im Schatten der Mauer verschwanden die Horizonte

Die politische Teilung und die Ost-West-Konfrontation hat Langzeitwirkungen, die wir auch heute noch spüren. So schwer es war, sich mit der Mauer abzufinden, so schwer fällt es heute vielen zu begreifen, dass es sie tatsächlich nicht mehr gibt. Deshalb muss die Überwindung der Mauer in den Köpfen die Erfahrungen beider Seiten aufnehmen.

Der Sozialismus, für den wir eintreten, gründet auf den Werten von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Die Menschen, die wir erreichen wollen, müssen auf unsere sozialistischen Ideale, Werte, Bestrebungen vertrauen – und deswegen sicher sein können, dass sich die negativen Seiten des so genannten real existierenden Sozialismus mit uns niemals wiederholen werden.

Wir sind eine sozialistische politische Partei, die sich zu Demokratie und Pluralismus bekennt. Wir wissen, dass gerade die Freiheit der Einzelnen Voraussetzung der Freiheit aller ist – weil wir eine dauerhafte, von den Menschen getragene Alternative zur kapitalistischen Gegenwart wollen, keine staatssozialistische Episode wie im 20. Jahrhundert.

Der Streit um das rechte Maß und die rechte Qualität von Freiheit, der Streit um die besten Verhältnisse zur Beförderung eines Lebens in Menschenwürde kann selbst nur in Freiheit und Menschenwürde geführt werden oder er erstickt.

Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED unwiderruflich befreit.

2. Juli 2001

deutlicht werden, dass weder der Brie-Klein-Entwurf und noch weniger sein Gegenentwurf, ein geeigneter Basistext ist, der in der innerparteilichen Debatte nur noch zu korrigieren oder zu ergänzen wäre. Der Erste verlangt grundlegende Überarbeitungen in Analyse und Schlussfolgerungen, während der Zweite zwar eine nützliche Zuarbeit für die empirische Beschreibung und den Forderungsteil liefert, aber insgesamt traditionistisch argumentiert und sich weder mit den neuen Fragen noch mit den alten Fehlern auseinandersetzt.

Erstes Beispiel: Ökonomie

In dem Brie-Klein-Entwurf werden die konkreten Wirkungszusammenhänge des gegenwärtigen Kapitalismus vernachlässigt und sein grundlegendes Austauschverhältnis vernachlässigt. So erklären die Autoren die Ausbeutung der Lohnarbeit nicht nur zu einer Erscheinung des „früheren Kapitalismus“, sondern bezeichnen es auch als „ungleichen Tausch von Lohn gegen Arbeitszeit“. Mit der Formel vom „ungleichen Tausch“ wird aber einerseits die Illusion verbreitet, als könnte es einen „gerechten Tausch“ zwischen Lohnarbeit und Kapital geben und andererseits der wirkliche Zusammenhang zwischen der Armut und dem enormen gesellschaftlichen Reichtum verschleiert.

Auf diese analytischen Schwächen folgt ein abstraktes Bekenntnis zum Zurückdrängen der Kapitaldominanz, ohne wirkliche Schritte zur Beschneidung leistungsloser Einkommen oder der Begrenzung der Finanz- und Vermögenswirtschaft vorzuschlagen. Die kapitalistische Ökonomie basiert seit je her auf der Steuerung durch den Profit. Die in der Folge von der Weltwirtschaftskrise Ende der Zwanziger Jahre, dem Faschismus und der Systemkonfrontation durchgesetzte Einschränkung der Profitsteuerung in dem System der gemischten Wirtschaft wurde durch die neoliberale Politik zerstört und eine Verselbständigung der Finanz- und Vermögensmärkte ermöglicht. Das wachsende Gewicht der Vermögens- und Kapitaleinkommen verändert die Struktur der Unternehmen und zerstört die sozialstaatlichen Regelungen sozialer Sicherheit.

Die Autoren betreiben die Auseinandersetzung um das Eigentum rückwärtsgerichtet, als Abgrenzung vom maroden Wirtschaftssystem der DDR und der Stellung zu Klein- und Mittelunternehmen, statt seiner gesellschaftlichen Rolle. Dass Eigentum gleichzeitig das Hindernis für die Vergesellschaftung der Verfügung ist, dass Eigentum heute auch als Eigentum an Wissen und patentierten Genen auftritt, dass sich die gesamte Gesellschaftspolitik im an den Interessen der Vermögenseigentümer ausrichtet und damit seine zerstörerische Wirkung verstärkt wird, damit setzen sie sich nicht auseinander. Die Autoren loben das Gewinninteresse des Unternehmertums für

Effizienz und Innovation, ohne zu akzeptieren, dass sich dieses Interesse durch Ausbeutung und maßlose Verschwendung verwirklicht. Sie können den Widerspruch zwischen scheinbar guten und offensichtlich schlechten Profiten nicht lösen und verlagern die Lösung deshalb in die Politik und die Definition allgemeiner Freiheitsrechte. Sie entziehen sich der Einsicht, dass ihre sogenannten Freiheitsgüter voraussetzen, dass die bereits unter kapitalistischen Bedingungen vergesellschafteten Menschen zunächst ihren Stoffwechsel mit der Natur rational regeln müssen, und dies mit dem ge-



Manche meinen, ein großer Häuptling könne alles richten...

ringsten Kraftaufwand und unter den der menschlichen und der äußeren Natur würdigsten Bedingungen. Wie dies geschehen kann, wie die menschliche Arbeit von Entfremdung und Ausbeutung befreit werden soll, ohne gleichzeitig die unternehmerische Freiheit einzugrenzen, das sagen sie nicht.

Der Entwurf von Wolf u.a. hält sich über weite Teile bei der empirischen Beschreibung des gegenwärtigen Kapitalismus auf, ohne seine veränderten Wirkungsmechanismen zu benennen. Die neuen Entwicklungen werden überwiegend nicht als ökonomische und soziale Umbrüche, sondern als willentlicher Strategiewechsel personifizierter Kapitalgruppen untersucht. Dabei gehen die inneren Widersprüche dieser Entwicklung ebenso verloren, wie die veränderten Interessenstrukturen in den entwickelten Gesellschaften. Wer das Neue in dieser Entwicklung nicht benennt, kann aber auch keine neuen Schlussfolgerungen ziehen.

Zweites Beispiel: Grundrechte

Sozialismus muss demokratisch sein

oder er ist kein Sozialismus. Wir stimmen dem Entwurf von Brie/Brie/Klein zu: Es darf kein Zurück hinter die Institutionen der bürgerlichen Demokratie (Gewaltenteilung, individuelle Freiheitsrechte, Rechtsstaatlichkeit, politische Pluralität) geben.

Wir wollen aber darüber hinaus eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft. Dies schließt auch Bereiche ein, die von den Institutionen der bürgerlichen Demokratie nicht umfasst sind (Wirtschaft, Medien).

Der Zustand der benannten Institutionen der bürgerlichen Demokratie ist ein besorgniserregender. Individuelle und kollektive Freiheits- und Teilhaberechte werden sukzessive eingeschränkt und abgeschafft, Meinungsfreiheit durch die Konzentration privater Massenmedien eingeschränkt. Die Menschen fühlen sich eher ohnmächtig, angesichts der Tatsache, dass große Interessenverbände und finanzstarke Geldgeber neben den Massenmedien beträchtlichen Einfluss auf die Willensbildung ausüben. Doch nicht eine Negierung dieser Institutionen, wie sie im Entwurf von W. Wolf u.a. angelegt ist, sondern ein Eintreten für ihre demokratische Weiterentwicklung ist eine sozialistische Antwort.

Gesellschaftliche Handlungsfähigkeit ist Voraussetzung für solidarische Individualitätentfaltung. Soziale Gerechtigkeit ist dabei kein Hindernis, sondern grundlegende Bedingung. Es geht deshalb um die Schaffung von Bedingungen, in denen eine solidarische Individualitätentfaltung möglich ist. Eine Gesellschaft, in der „Freiheit“ des Einzelnen möglich ist, ohne dabei die Würde des Menschen zu verletzen. In einer Gesellschaft, in der Menschen ihre Individualität solidarisch entfalten können und kollektiven Interessen nicht die Interessen des/der Einzelnen bestimmen, kann der Mensch tatsächlich von der Ausbeutung durch den Menschen befreit sein.

Während im Entwurf von W. Wolf u.a. dieser Aspekt kaum Erwähnung findet und im Teil III (der laut Vorwort konkretisiert, was unter demokratischem Sozialismus zu verstehen ist) auf solidarische Individualitätentfaltung überhaupt nicht eingegangen wird, damit also für sozialistische Politik und demokratischen Sozialismus eine untergeordnete Rolle spielt, formulieren Brie/Brie/Klein im Punkt Frieden und Gewaltfreiheit (III.2.): „Der Schutz gegen kriminelle Gewalt ist ein Grundrecht, das der Staat für jede und jeden zu gewährleisten hat.“ Grundrechte begründen in der Regel Rechte gegenüber dem Staat. Durch ein Grundrecht auf Sicherheit wird das Selbstverständnis der Grundrechte kon-

terkariert und die Autoren führen ihren eigenen Ansatz ad absurdum. Ein Grundrecht auf Sicherheit würde die Dominanz kollektiver (Sicherheits-)Interessen über solidarische Individualitätseinfaltung und demokratische Rechte, damit deren beliebige Einschränkung, bedeuten.

Drittes Beispiel: Europa, Internationalismus und Friedenspolitik

In den Entwürfen von Brie-Klein und von Wolf u.a. kommt Europa und insbesondere die EU fast ausschließlich in Form von Bedrohungsszenarien vor. Dieser Geist der Abwehr durchzieht beide Entwürfe gleichermaßen. Chancen für die Wiedergewinnung politischer Handlungsspielräume durch die Einbeziehung der europäischen Dimension in sozialistische Politik werden systematisch ausgeblendet. Deshalb kann auch keiner der beiden Entwürfe aus europapolitischer Sicht Grundlage für ein neues PDS-Partei-programm sein. Dies würde die PDS um Jahre zurückwerfen auf ihrem Weg eine europäische sozialistische Partei sein zu wollen.

Perspektiven zur Europäischen Union aus Sicht der PDS sucht man in beiden Entwürfen nahezu vergeblich. Während sich im Brie-Klein-Entwurf selbst Begriffe wie Verfassung, Grundrechtecharta oder Konvent nicht finden lassen, heißt es im Entwurf von Wolf u.a.: nur lapidar: „Eine EU-Verfassung, die von der EU-Bevölkerung zu legitimieren wäre, ist nicht vorgesehen.“

Als Antwort auf die Globalisierung von Märkten, Handel und Finanzen muss die Linke Europa als Chance begreifen Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit auf europäischer und nationaler Ebene zurückzugewinnen.

Eine moderne linke Partei kann sich nur einer sozialistischen europäischen Perspektive verschreiben, ohne die im Nationalstaat erkämpften Sozialstandards aufzugeben. Schon jetzt wird ein großer Teil der politischen und ökonomischen Entscheidungen in Brüssel gefällt. Aufgabe der PDS muss es sein, eine europäische sozialistische Kraft mitzuentwickeln helfen, die zusammen mit außerparlamentarischen Bewegungen darauf abzielt, dem europäischen Integrationsprozess, anders als bisher, eine soziale und ökologische Entwicklungsrichtung zu geben. Nicht einmal der Ansatz eines Alternativentwurfs für eine soziales Europa, die Schaffung einer Sozial- und Beschäftigungsunion, als zentraler strategischer Aufgabenstellung einer sozialistischen Partei, wie der PDS, wird in bei-

den Entwürfen erörtert.

Internationalismus, ein in der linken Bewegung und für die Linke unerlässlicher Bezugspunkt politischen Handelns wird in beiden Entwürfen nicht angesprochen bzw. bleibt merkwürdig unterbelichtet. Perspektiven, wie etwa der u.E. dringend notwendige Aufbau einer Europäischen Linkspartei oder der Aufbau neuer globaler Aktions- und Diskussionsstrukturen der Linken bleiben außen vor. Weder der bloße Verweis auf ein „Europa von unten“, noch auf die bleibende Bedeutung von Nationalstaaten bieten hier wegweisende Überlegungen.



... und Andere hätten's gerne einstimmig.

Die PDS muss Antikriegspartei bleiben, darin sind sich beide Entwürfe einig. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner weisen jedoch den Versuch zurück, mit dem neuen Grundsatzprogramm den Münsteraner Beschlusses zu UN-Kampfeinsätzen zu revidieren. Leider wird im Brie-Klein-Entwurf nicht deutlich, dass er das friedenspolitische Profil auf Grundlage dieses Beschlusses weiterzuentwickeln gedenkt.

Viertes Beispiel: Politik der neuen Mitte

Ein zeitgemäßer Programmentwurf muss sich angesichts der Diskussion über die eingeschränkte Handlungsfähigkeit von Nationalstaaten und Gewerkschaften erstens kritisch mit dieser Debatte befassen und zweitens alternativen Steuerungsmöglichkeiten entwickeln. Beide Entwürfe werden dieser Anforderung nicht gerecht. Sie setzen sich auch nicht mit den Strategien der „Neuen Mitte“, auseinander, die unterstellen, „dass die vollendete Internationalisierung der Kapitalmärkte solchen Steuerungshoffnungen ein Ende gesetzt,“ (Fritz Scharpf) hat. Nach dem die neoliberale Offensive den Umbau vom „Sozialstaat“ zum „nationalen Wettbewerbsstaat“ betrieben hat, konfrontiert uns die „neue Sozialdemokratie“ heute mit einem weichen Neoliberalismus, der die marktradikale Standortpolitik mit neuen sozialpolitischen Integrationsmechanismen verbindet. So schreibt Scharpf: „Im Prinzip können wir uns auch weiterhin soviel Sozialpolitik und Umweltschutz leisten, wie wir als Arbeitnehmer und Verbrau-

cher zu bezahlen bereit sind – wir müssen nur die Illusion aufgeben, dies könnte sozusagen kostenlos durch die Belastung der Wirtschaft zu haben sein.“

Der Entwurf von Wolf u.a. setzt sich mit dieser Entwicklung erst gar nicht auseinander. Im Brie-Klein-Entwurf sind die Aussagen unzureichend. Die Autoren stellen zwar fest, dass dieses Projekt unvereinbar sei mit der Durchsetzung der sozialen, politischen und kulturellen Rechte der Menschen und unfähig die Probleme zu lösen. Aber sie arbeiten weder die Rolle von Regierungen und Nationalstaaten in diesem Prozess heraus,

noch entwickeln sie strukturelle Reformvorschläge für eine kooperative Globalisierung. Statt dessen geht das Brie-Klein-Brie Papier der Strategie der „Neuen Mitte“ auf den Leim und formuliert: „Das politische Projekt der Neuen Mitte“ bietet aber auch neue Formen sozialer Integration an. Im Unterschied zum klassischen Neoliberalismus erkennt es die Legitimität der Vertretung sozialer Interessen gegenüber dem Kapital an.“

Genau das tut es nicht. Der Wettbewerbskorporatismus kündigt den sozialen Konsens und die Sozialpartnerschaft auf um die sozialen, ökologischen, entwicklungspolitischen oder demokratischen Interessen der Wettbewerbsfähigkeit unterzuordnen.

Die Einbeziehung von Organisationen der Zivilgesellschaft durch die neue Mitte, die sich sicherlich von der Konfrontationsstrategie von Kohl unterscheidet, wird unter der Zielsetzung des Wettbewerbskorporatismus betrieben. Dies wird international im „global governance“ Konzept und national in den vielen Konsensrunden deutlich. Während die Gewerkschaften die sozialen Folgen der neoliberalen Deregulierung abzuf puffern haben, werden NGOs und Bewegungen als Integrationspotenzial instrumentalisiert.

Die Kritik des Wettbewerbskorporatismus und Alternativen dazu sind für die PDS um so wichtiger, je mehr er sich als mehrheitsfähige Entwicklungsvariante des europäischen Kapitalismus etabliert.

Im Brie-Klein-Entwurf führt der Ansatz dann zur Strategie der Veränderung durch Kooperation und Regierungsbeteiligung, bis dahin, dass Veränderung und Reformen aus dem Osten kommen.

Nicht, dass wir grundsätzlich gegen Regierungsbeteiligung und Kooperation, sowie Beteiligungsrechte für Kräfte der Zivilgesellschaft wären, aber sie müssen daran gemessen werden, ob sie die Handlungsmöglichkeit der Bewegungen erhöhen und Alternativen zum Wettbewerbskorporatismus zulassen. •

Linke Schule Sommer 2001

Die Linke Schule findet seit 1992 zweimal jährlich, im Winter und im Sommer, mit drei Kursangeboten statt.

AG Wirtschaft

Der Kurs Wirtschaft wird sich diesmal auf die Frage konzentrieren, welche Widersprüche und Gegenbewegungen der Anspruch des Kapitals auf gesellschaftliche Dominanz hervorbringt.

In der neuen sozialistischen Diskussion geht man davon aus, dass sich Produktionsverhältnisse entwickeln, die durch ein Nebeneinander verschiedener Eigentumsformen gekennzeichnet sind. Die politische Ordnung der BRD setzt die Dominanz, die Vorherrschaft des kapitalistischen Eigentums in diesem Nebeneinander. Sozialistische Wirtschaftspolitik kämpft um die Entwicklungschancen für genossenschaftliches, kommunales, öffentlich-rechtliches Eigentum. Dabei eignen sich zu einem gegebenen Zeitpunkt nicht alle Eigentumsformen gleich gut für alle wirtschaftlichen Aufgaben. Wo sich Genossenschaften entwickeln können, was zur kommunalen Wirtschaft passt, wofür öffentlich rechtliche Institutionen geschaffen werden müssen und was die staatlichen Instanzen leisten müssen, ist Gegenstand von scharf und erbittert geführten Diskussionen und politischen Kämpfen (Beispiel: Privatisierung). Wie weit in solchen Diskussionen und Kämpfen die politische Linke ihre Argumentation auch dehnt und streckt, es bleibt sicher, dass für geraume, ganze Generationen von Arbeitsleben übergreifende Zeit ein bedeutender Teil der Wirtschaftsgüter als Produktion „für den Markt“ und „durch Unternehmen“ stattfinden wird. Sobald sich sozialistische Politik von der Vorstellung löst, die Markt und Kapitalverhältnisse gleichsam mit einem (politischen) Streich in irgendwie planwirtschaftlich vergesellschaftete umwandeln zu können, wird die Auseinandersetzung mit der „Dominanz“ hart und dringlich.

In diesem Sommerkurs wollen wir uns deswegen mit der Frage beschäftigen, wie die Kapitalwirtschaft, wie das Unternehmertum seinen Anspruch auf Dominanz begründet und verteidigt und was die dadurch in Anspruch Genommenen, die Gesellschaft und die Belegschaften, dagegen setzen.

1. Teil:

- Das bürgerliche Eigentum, die bürgerliche Freiheit, die Freiheit des Unternehmers. Klassische Textauszüge von Kant bis Schumpeter.
- Sicherheit des Welt Handels, der Ölversorgung, des freien Waren- und Güterverkehrs usw.; der Herr-

Wann?

Donnerstag, 2. August, Beginn der Kurse 14.00 Uhr, bis maximal Sonntag, 5. August, mittags

Wo?

Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99706 Sondershausen, Tel. (0 36 32) 78 22 59
Übernachtung/Tag: Doppelzimmer Gästebereich 30 DM; Einzelzimmer Gästebereich 40 DM; Doppelzimmer Azubibereich: 25 DM. Vollverpflegung inkl. Kaffee: 34,50 DM/Tag

Anmeldung

(möglichst bald und verbindlich) bei: Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040-43188820, Fax: 040-43188821, E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de

im-Haus-Standpunkt und das Direktionsrecht. Gesellschaftliche Arbeitsteilung und vergesellschafteter Arbeitsprozess. Die Tendenz zur Despotie. Aktuelle Forderungen der Wirtschaft.

2. Teil:

- Die Entfremdung durch die Arbeitsteilung, im Arbeitsprozess und durch die Verteilung der Produkte. Die strukturierende Macht des Kapitals auf Bildung und Erziehung. Die Kapitalform des Berufsgeschicks. Textauszüge von Marx bis Bourdieu.
- Kritik, Widerstand und Reformbestrebungen der Arbeitsbewegung. Mitbestimmung durch Repräsentationsorgane. Chancen und Grenzen. Auszüge aus gewerkschaftlichen Begründungen für die Mitbestimmung in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg in der BRD.

3. Teil:

Neuere Entwicklungen im Arbeitsprozess:

- Die Investition des Unternehmens als gesellschaftlicher Akt. Inanspruchnahme öffentlicher Vorleistungen und vergesellschafteten Kredits sowie Verbrauch und Vernichtung freier Güter (Ökologie) legitimieren Gegenbewegungen.

- „... genügt ein Geist für tausend Hände“ – Das war (vielleicht) einmal. Die Entwicklung des Arbeitsprozesses sprengt die Grenzen des Unternehmerkopfes. Das Direktionssystem wird unpraktisch. Forderungen nach innerbetrieblicher Mitbestimmung und nach Verbindung von Arbeiten und Lernen.

- Lohnabhängigkeit und Reproduktion. Lebensqualität ergibt sich aus der Gewährleistung geeigneter, durch demokratische Prozesse strukturierter Vor- und Gemeinschaftsleistungen und dem Einkommen aus Lohnarbeit. Bedeutung des Kampfes um tarifliche Löhne und Gehälter.

Die Kursplanung greift zum Teil auf Gegenstände zurück, die uns in den letzten Jahren schon beschäftigt haben, andererseits fehlen noch Textvorschläge aus dem gewerkschaftlichen Argumentszusammenhang. Wer Vorschläge hat, richte sie bitte an:

eMail: martin.fochler@gnn-verlage.de,
Fax: 0711 / 62 15 32. Postadresse: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

Für den Vorbereitungskreis: Martin Fochler

AG Geschichte: Zur Einheitsfrontpolitik der KPD

In drei Schwerpunktblöcken soll der Bereich gemeinsam von den Seminarteilnehmer erarbeitet werden:

1. Kommunistisches Selbstverständnis

Studium der Dokumente, die im Winterkurs nicht mehr behandelt werden konnten, also die 21 Aufnahmebedingungen für eine KomIntern-Mitgliedschaft und die Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei. Dies ist wichtig, um einerseits den Ursachen für dieses Selbstverständnis nachzugehen und um andererseits die sich aus diesem Selbstverständnis ergebenden Konsequenzen für die praktische Politik nachzuvollziehen.

2. Einheitsfrontpolitik 1921/22

Hier wäre zunächst der Offene Brief vom 8.1.21 der VKPD. Als weiteres Dokument wäre das Protokoll über Beratung der 3 Internationalen im Januar 1922 in Berlin.

3. Die „Antifaschistische Aktion“ 1932

Hier haben wir als Quellen die Chronik der „Antifaschistischen Aktion“, hinzu würde noch eine Quellensammlung in direktem Bezug aus Thüringen kommen. Und wir hätten „Ernst Thälmanns Antwort auf 21 Fragen von SPD-Arbeitern. Wie schaffen wir die rote Einheitsfront?“. Für die Vorbereitungsgruppe Hardy Vollmer

AG Philosophie Dominierende Richtungen in der Wissenschaftstheorie: Pragmatismus und (Neo-)Positivismus

Der Winterkurs Philosophie hatte sich mit Fragestellungen rund um die „Künstliche Intelligenz“ befasst. Dabei hatten wir feststellen müssen, dass zwischen Befürwortern ungehemmter Entwicklung „künstlicher Intelligenz“ und ihren Kritikern nahezu unüberbrückbare Gräben zu existieren scheinen, weil ganz unterschiedliche Gesichtspunkte eine Rolle spielen und die jeweiligen Argumente bestimmen. Uns schien es deshalb sinnvoll, uns ausführlich mit den wissenschaftstheoretischen Grundlagen des Weltbildes und der Methoden der Naturwissen-

schaften zu befassen, auch weil wir die Auseinandersetzung mit bestimmten Forschungsrichtungen, der „künstlichen Intelligenz“ wie auch der Genforschung, fortsetzen wollen.

Konkret wollen wir uns im Sommer mit solchen philosophischen Strömungen wie dem Pragmatismus und dem (Neo-)Positivismus auseinandersetzen, d.h. sog. realistischen Erkenntnistheorien, die nicht nur, aber insbesondere in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern dominieren.

Nicht nur die kritische Theorie hat sich mit diesen beiden Strömungen heftige Auseinandersetzungen geliefert (so Adorno/Horkheimer, Dialektik der Aufklärung; Horkheimer, Kritik der instrumentellen Vernunft). Allgemein gilt der „gesunde Menschenverstand“, der insbesondere im Pragmatismus zur Philosophie erhoben wurde, in Deutschland als direkt verächtlich.

Fragestellungen unseres Kurses sind u.a.: Was ist der „gesunde Menschenverstand“? Was leistet er? – Obwohl z.B. Adorno/Horkheimer die Reduktion der Vernunft auf zweckrationales Handeln als eine der Bedingungen des Faschismus kritisieren, darf nicht übersehen werden, dass die Länder, in denen diese Auffassung die herrschende ist, maßgeblichen Anteil an der Niederschlagung des deutschen Faschismus hatten. – Wie weit reicht er? – Einerseits greifen Pragmatismus und Neopositivismus Ideologie und Metaphysik frontal an, andererseits existieren sie durchaus in friedlicher Koexistenz mit z.B. fundamentalem religiösen Glauben. – Warum bleiben die gesellschaftlichen Wirkungszusammenhänge für philosophische Wissenschaftstheorien, die sich an den Naturwissenschaften orientieren, sozusagen hinter dem Vorhang?

Texte sind bisher vorgesehen von Ch.S. Peirce, W. James, J. Dewey, B. Russell. Für weitere Hinweise, z.B. auf geeignete Schriften von Popper, sind wir dankbar. Wie immer liegen die Texte bei Kursbeginn als Kopien vor. *Christiane Schneider* Vorschläge bitte an: *Christiane Schneider*, c/o GNN-Verlag, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, E-Mail: ghh-hhsh@hansenet.de

Einladung zur öffentlichen Mitgliederversammlung der ArGe

Tagesordnungsvorschlag

1. Programmdiskussion der PDS
2. Verschiedenes

Die Mitgliederversammlung findet statt am
Freitag, den 3. August 2001, 19.00 Uhr
Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27
99706 Sondershausen (Thüringen)

Comrades – Bericht eines US-Interbrigadisten im spanischen Bürgerkrieg

Harry Fisher ist heute über neunzig Jahre alt. Er ist einer der wenigen noch lebenden amerikanischen Spanienkämpfer und hat einen beeindruckenden, schnörkellosen, realistischen Bericht über seine Erlebnisse als US-Interbrigadist im Kampf für die spanische Republik geschrieben. Für den deutschsprachigen Raum schließt sich damit eine Lücke, war doch bisher über den Einsatz der rund 3000 US-Interbrigadisten die in der „Lincoln“- und „Washington-Brigade“ für das republikanische Spanien gegen den Putsch der Franco-Faschisten kämpften, nur wenig bekannt. Harry Fisher war in seinem über 19 Monate dauernden Einsatz in der „Lincoln-Brigade“, als Soldat und Fernmelder an verschiedenen Fronten des spanischen Krieges eingesetzt und hat die furchterlichen Abwehrschlachten und das Kämpfen und Sterben gegen die von Hitler und Mussolini unterstützte überlegene faschistische Militärmaschine miterlebt. Seine Darstellung ist packend und realistisch und aus der Sicht des persönlichen Empfindens einfühlsam und ohne falsches Pathos. Im Mittelpunkt seiner Erzählungen stehen daher auch die Gefühle und Ängste in den Kämpfen und die Beziehungen innerhalb der militärischen Einheiten, in denen übrigens erstmals als Zeichen des Antirassismus weiße und schwarze Amerikanern gleichberechtigt nebeneinander kämpften.

Harry Fisher war als ein Kind der Arbeiterklasse der USA in den 20er Jahren in der Gewerkschaftsbewegung der Kaufhäuser und der Young Communist League (YCL) großgeworden. Er hat die große Depression 1929 als Angestellter in einem New Yorker Damenbekleidungsgeschäft miterlebt, an den Streiks teilgenommen und versucht sich nach seiner Entlassung mit seinen Genossen der YCL durchzuschlagen. Nach dem Besuch eines Arbeiter-Colleges versuchte er zwischen New York und Chicago Arbeit zu finden, meist vergeblich. Harry Fisher schildert diese Zeit nach der Weltwirtschaftskrise als Massenentlassungen, Arbeitslosendemonstrationen und Gewerkschaftskämpfe an der Tagesordnung waren. Die fehlende Perspektive und sein Engagement in der Antirassismus- und Antikriegsbewegung ließen dann seinen Entschluss reifen, nach Spanien zu gehen, um mit anderen Antifaschisten aus vielen Ländern zu versuchen, die Zerschlagung der spanischen Republik zu verhindern.

Wie viele andere sah er den Versuch Francos mit Hilfe Hitlers und Mussolinis an die Macht zu kommen, als ein Fanal einer aufkommenden faschistischen Kriegs- und Expansionspolitik. Nach einer abenteuerlichen Reise nach Spanien im Frühjahr 1937, einer kurzen Ausbildung im Lager der Internationalen Brigaden in Figueras kämpfte er in Jarama, Brunete, Albares, Belchite, Teruel und am Ebro 19 Monate als „Loyalist“ zusammen mit anderen Amerikanern schwarzer und weißer Hautfarbe aus den verschiedenen Teilen der us-amerikanischen Arbeiterbewegung, von Kommunisten, Sozialisten bis zu Anarchisten und Gewerkschaftern. In den Schlachten machte sich die materialmäßige Überlegenheit der Franco-Truppen, die mit Artillerie, Waffen und Flugzeugen aus Deutschland und Truppen aus Italien versorgt wurden, immer mehr bemerkbar. Die loyalen spanischen Truppen und die Interbrigaden hingegen mussten mit veraltetem Material operieren, und hatten immense Verluste zu verzeichnen.

Oft wurden gerade die Interbrigaden, die an kritischen Frontabschnitten eingesetzt wurden, bis auf wenige Überlebende aufgegeben. So ist die Geschichte der Internationalen Brigaden nicht nur eine Geschichte der internationalen Solidarität, sondern auch eine Geschichte tausender getöteter und verwundeter Kämpfer. Harry Fisher wurde nach der Ebro-Schlacht als einer der ersten sieben US-Amerikaner nach 19 Monaten im September 1938 in die USA zurückgeschickt, um über die Ereignisse in Spanien in Versammlungen und der Arbeiterpresse zu berichten. Auf der Rückfahrt mit dem Schiff wurde ihm und den anderen der Reisepass vom US-Geheimdienst abgenommen. Er sollte erst 50 Jahre später wieder einen neuen ausgestellt bekommen. Nach dem zweiten Weltkrieg, den er als Bordschütze auf einem B-26 Bomber mitgemacht hat, unterlag er – wie alle Spanienkämpfer in der McCarthy-Ära – der besonderen Schikane des FBI. Harry Fisher hat trotzdem immer weiter für seine Ideale gekämpft. Er war so sehr beschäftigt mit seiner politischen Arbeit, dass er erst im Alter, nach langem Ansporn durch seine Familie, sich die Zeit zum Schreiben dieses Buches genommen hat. Wer sich über die Rolle der US-Amerikaner innerhalb der Interbrigaden informieren will, kommt daran nicht vorbei. Das Vorwort zum Buch hat Pete Seeger geschrieben. Im Buch findet sich ein Bildteil der „Lincolns“ und am Ende gibt es einen Anmerkungs- und für genaueren Erläuterungen und für sanftgefrorene Linke eine Zusammenfassung von Songs der Interbrigaden in Spanisch, Englisch und Deutsch. (arb)

Harry Fisher, Comrades, Pahl-Rugenstein Verlag, Bibliothek des Widerstandes, DM 36, ISBN 3-89144-284-X



Samstag, 7. Juli, Fulda: *Arbeitsausschuss des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften und Redaktion Politische Berichte* tagen. Tagesordnung: 1. Programmdiskussion der PDS: Zum Begriff der Freiheit; die Kommune als programmatischer Ansatz in der Diskussion; Ein, zwei, drei Programmwürfe und jetzt noch ein Leitantrag? Wie weiter mit der Diskussion? 2. Setkani. 3. Schwerpunktsetzung des Forums im kommenden Jahr. 4. Verschiedenes. Ort: Hbf Fulda, Besprechungsraum 13, Zeit: ab 11.30 Uhr

11. Juli, Berlin: *Wie sehen die Gewerkschaften der Zukunft aus?* 16.00 Uhr, OSI-Hörsaal A, Ihnestr. 21, U-Bhf. Thielplatz. Veranstaltung mit Peter Grotian, Politikwissenschaft, FU, und Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender, im Rahmen der Interdisziplinären Ringvorlesung „Große Freiheit in der neuen Arbeitswelt? Die Zukunft kollektiver Interessenvertretung im Zeitalter der ‚Neuen Ökonomie‘“. Organisiert von der Kooperationsstelle FU-DGB, Referat Weiterbildung FU Berlin, Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, LV Berlin.

14. Juli, Stuttgart: *Plenum des Friedensnetzes BaWü*, 14 Uhr, Café Merlin, Auguststr. 72. Kontakt: Friedensnetz Baden-Württemberg, Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart, Tel.: 0711/6368240, Fax: 0711/6369009. E-Mail: buero@friedensnetz.de – Internet: <http://www.friedensnetz.de>

20.-22.7., Genua: *G7/G8-Gipfel und Gegenaktionen*. Offizielle Homepage: <http://www.palazzochigi.it/g8genova/logo.html> Tagungsort: Palazzo Ducale. Protestaktion fast aller größeren Netzwerke (It: Manitesse [<http://www.manitesse.it>], Fr: Attac [<http://www.attac.org>], Dt. Attac Deutschland [<http://www.attac-netzwerk.de>], ...), geplant: (Groß)Demo (21.07. gegen Rassismus und Migration), Kongress, kleinere Aktionen, Sa.: Großes Konzert der (internat. und ital.) Erlassjahrkampagne; Infos des italienischen Bündnis gegen den G7/G8 Gipfel [<http://www.genova-g8.org>] (breites Bündnis reicht von kirchlichen Gruppen bis zu den sog. „Autonomen“). Infos in Deutsch: <http://www.attac-netzwerk.de/aktionen/genova.html>

2. bis 5. August: *Linke Sommerschule in Sondershausen*. Siehe unter Diskussion und Dokumentation.

9. September: *Kommunalwahlen* und Wahl der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister in *Niedersachsen*

14./15. September, Frankfurt: *Antifaschistischer Widerstand und gewerkschaftlicher Kampf*. Gewerkschaftshaus Frankfurt a.M., Historisch-politische Tagung aus Anlass des 90. Geburtstages von Willy Schmidt, ehem. Jugendfunktionär in Duisburg, Organisator der illegalen Arbeit an Rhein und Ruhr, führendes Widerstandsmitglied im KZ Buchenwald, Metaller und Zeitzeuge, u.a. mit: Jürgen Hinzer, Dieter Hooge, Reinhard Kühnl, Günter Judick, Ulrich Schneider, Peter Scherer. Anmeldung erwünscht (bis 10.9.): Horst Gobrecht, Jahnstr. 8, 65185 Wiesbaden, Fax: 0611/40 97 19

15./16. September, Berlin: *Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union*, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4. Kontakt: Bundesgeschäftsstelle der Humanistischen Union, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel.: 030/204502-56, Fax: 030/20450257. E-Mail: hu@ipn-b.de – Internet: <http://www.humanistische-union.de>

21.-23. September, Arnoldshain: *Jahrestagung „Auf der Suche nach Ort und Zeit menschenrechtlicher qualifizierter Politik“* des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Ev. Akademie Arnoldshain. Kontakt: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11 (HH), 50670 Köln, Tel.: 0221/9726930, Fax: 0221/9726931. E-Mail: Grundrechtekomitee@t-online.de Internet: <http://www.grundrechtekomitee.de>

Verlagsankündigung

Der Ad-hoc-Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien – Das UN-Tribunal im Schatten der internationalen Intervention. Von Jule Gilles.

36 Seiten, DIN A5. 2.20 DM. Erscheint als Heft Nr. 1. der Reihe *Neue Kritik aus Schule und Hochschule* Juli 2001. Herausgegeben vom Kurt Eisner Verein für politische Bildung in Bayern e.V. in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. Copyright bei der Autorin. Erscheint im GNN-Verlag Süd GmbH, Stuttgart und München.

Die Reihe

Mit dieser Reihe bietet der Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V. eine Möglichkeit, Arbeiten zu veröffentlichen, die im Zusammenhang der Schul-, Studien- oder Berufsausbildung, in der Gewerkschaftsjugend oder einem selbstorganisierten Arbeitskreis entstanden sind. Die bearbeiteten

Themen sollten allgemein interessante Probleme behandeln, die im weiten Sinn politische Relevanz besitzen.

Mit der Veröffentlichung in dieser Reihe erhalten die Autorinnen und Autoren die Chance, ihre oft aufwendig recherchierten Positionen einem breiteren Kreis vorzulegen. Für die Leserinnen und Leser werden kritische Anstrengungen, die sich für emanzipative Ziele einsetzen, nutzbar gemacht.

So verschwinden Arbeiten nicht einfach in der Schublade, sondern erfahren die Kritik und Würdigung von Inter-

essierten, die im Ausbildungsbetrieb leider nicht immer selbstverständlich ist.

Zum Inhalt der vorliegenden Ausgabe

Die Arbeit basiert auf eine Seminararbeit im Rahmen der LMU. In ihrer fundierten und sorgfältig belegten Kritik an den zweifelhaften Umständen der Einsetzung dieses Gerichtshofes hält die Autorin den Gedanken fest, dass das humanitäre Völkerrecht eine Errungenschaft darstelle, die internationale Pflege verdiene. In der juristischen Aufarbeitung von Kriegsgeschehen liege auch eine Chance, kleinlich und mühselig könne so – von Anklage und Verteidigung – zusammengetragen werden, was vorgefallen ist.

Allerdings müsse, beispielsweise im Fall Jugoslawien, dafür gesorgt sein, dass auf die Interventionsmächte Druck ausgeübt wird, über von ihnen ausgelöste oder in Kauf genommene Entwicklungen, ganz zu schweigen von durch sie begangene Taten, Rechenschaft abzulegen. Das sei bereits einmal, anlässlich eingehender Anzeigen gegen die NATO 1999, versäumt worden, als ausschließliche Grundlage der Ermittlungseinstellung durch das Tribunal die unbelegten Darstellungen der NATO selbst waren. Voraussetzung dafür, dass so gewonnene Erkenntnisse abrufbar und verarbeitbar sind, sei also, dass das Gericht von Den Haag eine kritische Öffentlichkeit vorfinde, da solch ein Organ sonst durchaus Gefahr laufe, ein Erfüllungsgehilfe zu sein.

Bezug:

Kurt Eisner Verein für politische Bildung in Bayern e.V.; Jungengasse 56, 96540 Coburg
Tel: 09561/511294, Fax: 09561/511222, eMail: kev@kurt-eisner-verein.de
GNN-Verlag Büro München; Schwanthalerstrasse 139 Rgb, 80339 München; Tel./Fax: 089/5028112
Schutzgebühr: DM 2,20 (1,10 Euro) zzgl. 1,10 DM Porto in Briefmarken beilegen. Ab 10 Stück DM 1,80 (0,90 Euro) pro Exemplar gegen Rechnung.

